

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Karl-Ernst Jeismann

„Identität“ statt „Emanzipation“?
Zum Geschichtsbewußtsein in der Bundesrepublik

Johannes Kuppe

Kontinuität und Wandel
in der Geschichtsschreibung der DDR
Das Beispiel Preußen

Johannes Willms

Posthume Zeitgenossenschaft — Anmerkungen
zur Rezeption Friedrichs II. von Preußen

B 20–21/86
17. Mai 1986

Karl-Ernst Jeismann, Dr. phil., geb. 1925; o. Professor für Neuere und Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Münster; 1978—1984 Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig; Studium der Geschichte, Germanistik, Philosophie und Geographie in Kiel und Münster.

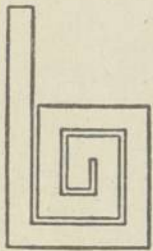
Veröffentlichungen u. a.: Das Problem des Präventivkrieges im europäischen Staatensystem, 1957; Das Preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft. Die Entstehung des Gymnasiums als Schule des Staates und der Gebildeten, 1787 bis 1817, 1974; (zus. mit G. C. Behrmann u. H. Süßmuth) Geschichte/Politik. Grundlegung des historisch-politischen Unterrichts, 1977; Friedrich Harkort. Schriften und Reden zu Volksschule und Volksbildung, 1969; Staat und Erziehung in der preußischen Reform 1807 bis 1819, 1969; J. W. Süvern. Die Reform des Bildungswesens, 1981; Geschichte als Horizont der Gegenwart, 1985; 1978—1984 Herausgeber von „Internationale Schulbuchforschung“, Zeitschrift des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung; Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts.

Johannes Kuppe, Dipl.-Pol., Dr. rer. pol., geb. 1935; Referatsleiter in der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen — Gesamtdeutsches Institut, Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Mitarbeit an den „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation“, Bonn 1971 und 1974; Wissenschaftlicher Redakteur und Mitautor des „DDR Handbuchs“, Bonn 1975 und 1979, 1985 (als Autor); Beiträge u. a. in: Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, hrsg. v. H.-A. Jacobsen u. a., München-Wien 1979; Kulturpolitisches Wörterbuch, hrsg. v. W. R. Langenbacher u. a., Stuttgart 1983. Zahlreiche Veröffentlichungen zu außen- und deutschlandpolitischen Fragen.

Johannes Willms, Dr. phil., geb. 1948; Journalist.

Veröffentlichungen u. a.: Nationalismus ohne Nation. Deutsche Geschichte 1789—1914, Düsseldorf 1983, Fischer-Taschenbuch 1985.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

„Identität“ statt „Emanzipation“?

Zum Geschichtsbewußtsein in der Bundesrepublik

I.

„L'Allemagne fédérale se penche sur son passé“. Unsere Nachbarn nehmen es aufmerksam zur Kenntnis: Eine Gesellschaft, die sich bislang weder um ihre Vergangenheit noch um ihre Zukunft zu kümmern schien — wenn man für das eine den Grad des öffentlichen Geschichtsbewußtseins und für das andere die Geburtenrate als Maßstab nimmt —, beugt sich wieder über den Spiegel ihrer Vergangenheit! So eröffnete der Leiter der Mission Historique Française in Göttingen, Etienne François, einen scharfsinnigen Bericht für seine Landsleute in der Revue d'Histoire. Er konnte eine stattliche Reihe von Belegen anführen: ehrgeizige Verlagsprojekte für vielbändige Gesamtdarstellungen der deutschen Geschichte, ein sich sprunghaft steigerndes historisches Interesse in vielen Lebensbereichen und gesellschaftlichen Gruppen, eine erstaunliche Ausweitung der etablierten Forschung in bislang vernachlässigte Gebiete mit neuen Methoden, das Phänomen der „Alltagsgeschichte“ und der nicht-professionellen „Geschichtswerkstätten“.

Erstaunlich für den französischen Beobachter ist, daß diese neue Hinwendung der Nation zur Geschichte die verschiedenen Lager, Gruppen, methodischen Schulen keineswegs diskursiv zusam-

menführt, sondern die „divisions politiques“ kraß hervortreten läßt. Am deutlichsten zeigen sie sich dort, wo über die Konzepte der Präsentation nationaler Geschichte für die Öffentlichkeit gestritten wird — also bei den Planungen für die beiden neuen Geschichtsmuseen in Berlin (für die gesamte deutsche Geschichte) und in Bonn (für die Geschichte der Bundesrepublik).

Von der Potenzierung dieses inneren deutschen Streites um die Geschichte durch die Konkurrenzsituation zur DDR einmal abgesehen, deren Zugriff auf „Tradition und Erbe“ zielstrebig und kompetent sich verstärkt, geht es in der Bundesrepublik ganz elementar um die Frage, ob die deutsche Geschichte kritisch mahnend, warnend oder gar anklagend von ihrer dunklen Seite als Last, oder ob sie bestätigend oder gar harmonisierend von ihrer hellen Seite als Schatz der Nation darzustellen sei. Der Lokalstreit in Göttingen um die Gestaltung der Rathaustüren demonstrierte dem französischen Beobachter diesen Gegensatz am Ort ad oculos; die Auseinandersetzung um die richtige Art, des vierzigsten Jahrestags der deutschen Kapitulation zu gedenken, war eine differenziertere Entsprechung der kommunalen Frontstellung im nationalen Rahmen.

II.

Hinter diesem Kampf um die Sicht der deutschen Geschichte verbirgt sich eine widersprüchliche Beurteilung der deutschen Gegenwart und eine unterschiedliche Option für die Zukunft. Dies ist in jeder Nation normal — die Frage ist nur, ob sich diese Widersprüche auf der Basis einer fundamentalen Gemeinsamkeit des Selbstverständnisses entwickeln, die es erlaubt, sowohl die Deutung der Gegenwart wie die Option für die Zukunft als Variationen der Geschichte des gleichen Subjekts zu begreifen, oder ob unversöhnlich einander gegenüberstehende „Geschichtsbilder“ die Auszehrung des Grundkonsenses der Nation als historischer und also eine Gefährdung ihrer Sub-

stanz als politischer und kultureller Gemeinschaft ankündigen.

Wer in den fünfziger oder sechziger Jahren den „Verlust der Geschichte“ beklagte und sich von der „Wiedergewinnung der historischen Dimension“ als selbstverständliche Folge eine Sicherung der nationalen Identität erhofft hatte, muß seine Erwartungen korrigieren. Zwar scheint die Geschichte „gerettet“ — sei es durch Gerichtsbeschluß für den Unterricht wie in Hessen, sei es durch kulturpolitisches Engagement oder durch ein neuerwaches öffentliches Interesse. Wann hat z. B. je ein Berufsverband — die Philologen — „die Geschichte“ zum Schwerpunktthema des

Jahres gemacht! Aber all dies führte nicht zu einer Beschwörung der historischen Gemeinsamkeit der Deutschen. Vielmehr löste es ein neues Feldgeschrei aus: „Geschichte — aber richtig“. So glossierte die FAZ am 19. Februar 1986 die Ankündigung des Philologenverbandes und meinte, daß alle Bemühungen um Geschichte in der Schule nichts nützen, wenn die Lehrer nicht in großen Vorlesungen die Zusammenhänge der Geschichte zu sehen gelernt hätten und also sie zu lehren fähig geworden seien. Das ist der Ruf nach Sinnstiftung statt spezialisierter Einzelforschung, nach dem zusammenhängenden Geschichtsbild: Als „Die Qual mit der Geschichte“ bezeichnete ein Leitartikel der „Zeit“ vom 10. Januar 1986 das Fehlen eines nationalen Konsenses im Umgang mit der Geschichte. Einer unserer engagiertesten Historiker hat im gleichen Monat eine „neue Polarisierung des Geschichtsbildes in der Bundesrepublik Deutschland“ diagnostiziert (H. Mommsen). Aber während er zugleich auf eine „übergreifende Erfahrung gemeinsamer Geschichte“ verwies und darin „die konsensstiftende Funktion historischer Erinnerung“ erblickte, befand ein Fachkollege, daß es gerade nicht kontrovers genug hergehe und die Polarisierung schärfer pointiert werden müsse.

Unschwer lassen sich in diesem Streit, betrachtet man seine größten und daher politisch und publi-

zistisch wirksamsten Aufgipfelungen anlässlich geschichtlich evozierender Ereignisse oder Veränderungen, die Gegensätze zwischen den sich eher als konservativ oder als progressiv empfindenden Lagern festmachen — wobei von Links und Rechts im extremen Sinne nicht gesprochen werden kann, weil die radikalen Gruppierungen auf der Rechten ein subkutanes neonazistisches Geschichtsbild pflegen, die marxistisch, syndikalistisch oder anarchistisch linken Gruppierungen ihre Sektenkämpfe um die Auslegung des historischen Materialismus austragen, während das orthodoxe kommunistische Geschichtsbild von der offiziellen DDR-Sprachregelung in sichere Obhut genommen worden ist. Der eigentlich bedeutende Dissens um das Bild der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik verläuft zwischen den großen politischen Lagern und ihren Sympathisanten, weist viele Differenzierungen und Übergänge auf, reicht erkennbar auch in die Geschichtswissenschaft und den Geschichtsunterricht hinein. Man kann ihn an den zwei Schlagworten der Überschrift festmachen: Unter den wie Feldzeichen gebrauchten Schlagworten „Emanzipation“ und „Identität“ vollzog sich seit den späten sechziger Jahren der Wiedereinzug der Geschichte in das politische Bewußtsein der Bundesrepublik.

III.

Die folgenden Bemerkungen sind nur ein Zwischenruf zu dieser Diskussion ohne den geringsten Anspruch systematischer oder gar erschöpfender Beschreibung der Themen und Positionen. Der Begriff „Geschichtsbewußtsein“ wird hier in einer spezifischen Zuspitzung verstanden. Es geht nicht um die Breite der historischen Forschung innerhalb und außerhalb der Universitäten, um die Fülle der organisierten historischen Interessen, um die bunte und breite Rolle der „Geschichte in der Alltagswelt“ (R. Schörken); das Interesse an Geschichte überhaupt, das Geschichtsverständnis und die Geschichtskennntnis in der Gesellschaft sind in ihrer Vielfalt nicht zu erfassen oder gar zu beschreiben. Hier geht es nur um jenen Punkt, an dem *das öffentliche politische Selbstverständnis der Gegenwart sich mit der Deutung der Vergangenheit unmittelbar verbindet*, wo es sich auf die Geschichte beruft und sich von dort her Orientierung, Legitimation, Selbstgewißheit erhofft oder besorgt. An diesem Schnittpunkt erwächst nach Theodor Mommsens Wort dem Historiker die Pflicht der „politischen Pädago-

gik“, stellt sich die Publizistik in den Dienst historischer Aufklärung, interpretieren sich Parteien, Verbände, Firmen, Institutionen als entstandene, sich in der Veränderung gleichbleibende Gebilde, stellt sich der Staat selbst in Denkmälern, Jubiläen, Ausstellungen, symbolischen Zeichen und Gesten in die Kontinuität seiner die Generationen übergreifenden Existenz, befindet er als Schulherr darüber, wie mit der Lehre der Geschichte das Bewußtsein der Besonderheit und Zusammengehörigkeit seiner Bürger begründet wird.

Dieses Geschichtsbewußtsein ist nicht in die individuelle Beliebigkeit des einzelnen gestellt; es ist auch nichts, was angeboren oder natürlich sich entwickelt; es ist immer das Ergebnis funktionaler und intentionaler Erziehung, entsteht durch Erfahrung in der Umwelt und durch Lehre, durch Zeichen und Erzählung, wird im weitesten Sinne des Wortes „gelernt“. Diesem Lernprozeß kann sich niemand entziehen, ob er darauf reflektiert oder nicht. In ihm stellt sich jenes Mindestmaß von Sinndeutung des zeitlichen Prozesses her, auf das einzelne wie die Gesellschaft insgesamt ange-

wiesen sind, um sich selbst begreifen und erklärbar halten zu können. Geschichtsbewußtsein in diesem engeren Sinne spiegelt also den intellektuellen, moralischen, emotionalen Zustand der Gesellschaft, in der es sich formt, ist Bestandteil und

Ausdruck ihrer „politischen Kultur“. Gemessen am gelehrten Geschichtsverständnis handelt es sich um recht grobe Muster der Selbstdeutung — ihre einfache Struktur erzeugt jedoch Plausibilität und breite öffentliche Wirkung.

IV.

Die Feststellung, daß es in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik an Geschichtsbewußtsein gemangelt habe, ist ungenau. Auch die Verweigerung, aus bestimmten Epochen unmittelbare politische Verbindungslinien zur eigenen Zeit zu ziehen, sich in ihrer Kontinuität zu begreifen, ist noch in der Negation eine Form von Geschichtsbewußtsein. Last und Schuld der Geschichte können ein Ausmaß erreichen, daß „Bewältigung“ nur durch „Verdrängung“ möglich erscheint. Die These, daß der materielle und politische Neubau eines als Rechts- und Sozialstaat funktionierenden Gemeinwesens nur mit dem Blick auf Gegenwart und Zukunft, nicht aber in radikaler Abrechnung mit der Vergangenheit möglich war und allen noch so berechtigten politisch-moralischen Einwänden zum Trotz mit fast instinktivem Lebenswillen so begonnen wurde, hat einige pragmatische Plausibilität für sich (H. Lübke).

Das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik baute sich auf in voluntativer, aber auch praktisch-politischer Emanzipation von der deutschen Geschichte seit 1933 und zugleich in einer ebenso voluntativen, selektiven Interpretation der Geschichte der ersten deutschen Republik. Das der Kanzlerzeit Ludwig Erhards zugeschriebene Wort „Wir sind wieder wer“ enthält in seiner simplen Plakativität genau diese Bedürfnisse an Geschichtsbewußtsein des „Modells“ Bundesrepublik: das Abstreifen der Vergangenheit vor 1945 und den Stolz auf die Erfolgsgeschichte seit 1949. Den erwachsenen Bürgern in den fünfziger und sechziger Jahren war es eine unmittelbare Erfahrung, daß die Lebensqualität nicht nur im materiellen, sondern auch im politisch-rechtlichen und kulturellen Bereich unvergleichlich höher war, als sie es je vorher erlebt hatten oder gar 1945 erwarten konnten. Die pejorative Bezeichnung jener Jahre als „Restauration“ ist außerhalb intellektueller Zirkel in der Bevölkerung daher auch nie verstanden oder gar akzeptiert worden. Vielmehr stehen jene Jahre im Begriff, sich in der Erinnerung zur „guten, alten Zeit“ zu verklären, die sich durch breiten Konsens, durch Effizienz und Zukunftsgewißheit von den siebziger Jahren wohlthuend zu unterscheiden scheinen.

Zwar ist die nach dem Holocaust-Film häufig zu hörende Ansicht, die Deutschen seien in Schule und Medien über den Nationalsozialismus und über die Judenverfolgung zuvor nie hinreichend unterrichtet worden, eine Selbsttäuschung oder eine Schutzbehauptung. Seit den fünfziger Jahren setzte eine intensive zeitgeschichtliche Forschung ein, wurde in Schule und in Medien dokumentarisch intensiv über das „Dritte Reich“ unterrichtet. Es fehlte nicht an Information; aber es fehlte an Betroffenheit. Die Herrschaft des Nationalsozialismus wurde vielmehr nur als ein Gegenbild zur eigenen Wirklichkeit und also als Bestätigung der neuen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung wahrgenommen. Verstärkt wurde diese Wahrnehmung durch die Feindbilder des Kalten Krieges. In dieser Hinsicht verhielt sich das offizielle Geschichtsbewußtsein der beiden deutschen Staaten gleichsam spiegelbildlich: Wie in der DDR der Faschismus als Erscheinung des Kapitalismus historisch aus dem eigenen „Erbe“ ausgeschieden und ganz der Bundesrepublik zugewiesen wurde, so sah in breiter Übereinkunft die bundesrepublikanische Öffentlichkeit in der DDR den totalitären Nachfolger des nationalsozialistischen Regimes, der zwar die Interpretation, nicht aber die Form der Herrschaft geändert hatte.

So gehörte zu jenem politischen Minimalkonsens der demokratischen Parteien in den Anfangsjahren der Bundesrepublik auch die Ausklammerung des Problems der Kontinuität der deutschen Geschichte nach 1945 — ungeachtet aller staats- und völkerrechtlichen Positionen zur deutschen Einheit, dem juristischen und rhetorischen Festhalten an der Existenz des Deutschen Reiches und auch den sich aus dieser Rechtsauffassung ergebenden Anstrengungen zu Wiedergutmachungen nationalsozialistischen Unrechts im Innern wie nach außen. Vor dem „Geschichtsbewußtsein“ lag die Epoche des Nationalsozialismus wie ein Sperriegel. Historische Forschung über das Jahrtausend deutscher Geschichte vor dieser Zeit, Bemühungen um die europäische Geschichte, um die Universalgeschichte, breites Interesse an geschichtsphilosophischen Gesamtentwürfen (Toynbee, Guardini, Freyer, Jaspers) — das spielte auf einer Metaebene historischen

Interesses, von der es keine Verbindung zur unmittelbar zeitgeschichtlichen Gegenwart gab. Die Bundesrepublik war als politischer Körper mit der Erinnerung eines Halbwüchsigen ausgestattet. Die Geschichte der Nation schien ihr als weiterwirkende Vergangenheit zu entgleiten, so wie die Zukunft lediglich als ein Ausbau oder eine Verbesserung des Bestehenden im Blick war.

Diese Situation fand ihre theoretische Erklärung und Rechtfertigung, die sich keineswegs auf die besondere deutsche Situation, sondern auf einen vermeintlichen Zustand der modernen Gesellschaft bezog. Interpreten glaubten die Industriegesellschaft in ein „posthistoire“ eingetreten, in dem die Naturwissenschaften, die Technik und die Sozialwissenschaften die Erklärung und Regelung des gesellschaftlichen Lebens zu leisten hätten. Nicht die Geschichte, sondern die Planung der Zukunft war zur kollektiven Lebensbewältigung gefragt, „als kybernetisches Modell, als systemtheoretisches Konstrukt, als Komplex von abhängigen und unabhängigen Variablen“ (W. Weidenfeld). Helmut Schelsky brachte 1963 die Abwendung von der Geschichte auf den Begriff: Nicht mehr „der historischen Ideenführung . . .“, sondern den Gesetzen der ‚Rekonstruktion‘ der Welt durch die zur Technik gewordenen Natur- und Sozialwissenschaften“ folge die gesellschaftliche Entwicklung. „Die Notwendigkeit, sich im politischen und sozialen Tun historisch verstehen zu müssen“, sei damit aufgehoben.

So schien es, als seien alle Konflikte der Vergangenheit stillgestellt oder hätten sich in technizistisch zu lösende Sachzwänge transformiert, über

die ideologiefrei, pragmatisch, berechenbar in rationalen Entscheidungsverfahren befunden werden könne.

Dem von Alfred Heuß beklagten „Verlust der Geschichte“ als Unterbrechung des Kontaktes zwischen der Geschichtswissenschaft und dem öffentlichen Bewußtsein war damit eine Art Legitimation verliehen, habe doch die Geschichtswissenschaft sich durch die „Aufarbeitung und Entmachtung der Gewalt der Tradition“ als Führungswissenschaft selbst aufgehoben. Und hatte nicht der Altmeister der deutschen Geistesgeschichte, Friedrich Meinecke, in seinem Buch „Die deutsche Katastrophe“ als Heilmittel nur noch den Weg hinaus aus der konkreten Verarbeitung der Geschichte „zu den höchsten Sphären des Ewigen und Göttlichen“ empfohlen, etwa zur Lyrik „von jener wunderbaren Art, wie sie in Goethe und Mörike gipfelt“, also die „Hilfe für den deutschen Geist“ nicht aus einer Aufarbeitung der Geschichte, sondern aus einer Wesensschau des Ewigen erhofft?

Kritiker dieser Dispensation des politischen Selbstverständnisses von der historischen Kontinuität hat es stets gegeben; ihr Einfluß blieb gering. Eine eigentümliche, im modernen Systemdenken nicht zu erklärende Vorliebe für „Altes“, das nicht mehr nur als das Veraltete erschien, zeigte sich mehr als Modetrend denn als bewußter historischer Rückgriff am Ende der sechziger Jahre — aber es blieb unklar, ob diese nostalgische Mode nicht nur eine neue Spielart der Verbrauchsgesellschaft war, die sich nun anschickte, auch Geschichte dinghaft zu konsumieren.

V.

Das Verhältnis zur Geschichte änderte sich beinahe über Nacht, als der pragmatische Konsens der Gründerjahre der Bundesrepublik, der die tief in der deutschen Geschichte wurzelnden Gegensätze eingeebnet oder verdrängt hatte, brüchig wurde. Ein den westlichen Industriegesellschaften allgemeiner Protest gegen das „Establishment“ gewann in der Bundesrepublik besondere Schärfe. Jetzt zeigten sich die Schwächen eines historisch so oberflächlich verwurzelten Gemeinwesens. Die Kritiker machten bewußt, daß „die grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen der späten vierziger und fünfziger Jahre . . . auf teilweise geborgten geistigen Grundlagen gefällt“ worden waren (W. J. Mommsen). Dem mit normativem Gültigkeitsanspruch auftretenden liberal-demokratischen System und der sozialen Marktwirtschaft stellten sie historisch begründete

Alternativen gegenüber, die eine Zeitlang eben deshalb wie ein Faszinosum wirken konnten, weil auch sie in ihrem historischen Kontext nicht oder nur einseitig verklärend aufgearbeitet waren.

Unzufrieden mit der offenbar stagnierenden gesellschaftlichen Ordnung, mit einem erstarrten System der politischen Willensbildung, abgestoßen vom politischen Lob des Kompromisses begann ein Teil der Studentengeneration der späten sechziger Jahre, angeführt von potenten Mentoren, getragen von einer anfänglich breiten Sympathie in wichtigen Medien, wieder radikal die Frage nach der „richtigen“ Ordnung der Gesellschaft zu stellen. Ein Kult der Unzufriedenheit grassierte, eine unruhige und ausschweifende Suche nach einer besseren, gerechteren, freieren Zukunftsgesellschaft begann und produzierte auf

dem Hintergrund immer noch florierenden wirtschaftlichen Wachstums einen Schub an Forderungen, aber auch an konkreten gesetzgeberischen Maßnahmen, welche die Ausweitung der Partizipation, die Abschleifung autoritativer Verhaltensmuster, die Egalisierung des sozialen Systems zum Ziele hatten. Im Protest gegen den Vietnam-Krieg gewann diese Bewegung nicht nur ihren symbolischen Ausdruck, sondern auch ihre innere, politische Selbstgewißheit und ein Feindbild, das zugleich Kapitalismus, Imperialismus und parlamentarische Demokratie umgriff. Nicht nur die in der Bundesrepublik „herrschenden Zustände“, sondern insgesamt ihre enge Bindung an das westliche Modell parlamentarisch-kapitalistischer Provenienz wurden in Frage gestellt — unter der Forderung nach mehr Demokratie verbarg sich dabei ein deutlicher Impuls nationaler Rückbesinnung auf deutsche oder europäische Alternativen zum importierten angelsächsischen Herrschafts- und Wirtschaftssystem.

Alternativen von Links! Neomarxistische Kategorien breiteten sich aus und man entdeckte faschistoide Züge im politischen und ökonomischen System der Bundesrepublik; das geistige Rüstzeug der Frankfurter Schule hebelte die pragmatische und eher biedere politische Selbstinterpretation der Bundesrepublik rhetorisch ohne große Mühe aus den Angeln und wirkte mit breiter Suggestivkraft auch dort, wo es weder verstanden noch eigentlich akzeptiert wurde. Verbale oder tatsächliche Reformbereitschaft griff um sich. Die neue Ostpolitik brach lange herrschende Tabus und überwand Berührungängste — kurz, die Bundesrepublik begab sich im Innern wie innerhalb der internationalen Politik auf neue, ungewisse Wege.

Mit dem Streit um die rechte politische Ordnung im Innern und die richtige Politik nach außen ging nun ein Rückgriff auf die Geschichte einher — kamen doch die geistigen Grundlagen der Kritik im wesentlichen aus der historisch orientierten Gesellschaftsphilosophie, die sich mit der positivistischen Schule der Soziologie erbitterte wissenschaftstheoretische, im Kern politische Kämpfe lieferte. Das „Geschichtsbewußtsein“ im oben bezeichneten Sinne erfuhr eine erhebliche Ausweitung. Die Tradition der Aufklärung im geistigen wie im praktisch-politischen Sinne wurde wieder in das gegenwärtige Selbstverständnis hineingeholt. Dies geschah auf sehr unterschiedlichem Niveau und mit ganz verschiedenen Auswirkungen. Es ist hier nicht darzustellen, daß aus diesen Anstößen auch die deutsche Geschichtswissenschaft ihre bislang belebendsten Impulse nach dem Kriege gewann. Neue Fragestellungen und neue Methoden einer breit verstandenen Sozialge-

schichte trugen dazu bei, jenen geistig-moralischen Sperrriegel zu durchbrechen, Kontinuität und Brüche in der Geschichte der deutschen Gesellschaft seit der Französischen Revolution genauer zu analysieren und die Geschichte der Bundesrepublik, wenn auch auf eine umstrittene Weise, wieder in den Zusammenhang der deutschen Geschichte zu rücken.

Außerhalb der Geschichtswissenschaft wurde mit größeren Waffen gefochten. Der Rückgriff auf Geschichte war verbunden mit dem Angriff auf die gleichsam „geschichtslose“ politische Ideologie des frühen politischen Grundkonsenses der Bundesrepublik. Wie vergessene oder verdrängte Geschichte nun als Argument im politischen Kampf gebraucht wurde, ist ein Lehrstück für die Funktion von Geschichtsbewußtsein. So wie es um die „richtige“ politische Ordnung ging, so ging es auch um die Konstruktion einer „richtigen“ Geschichte. Sie stellte sich unter den Leitbegriff der „Emanzipation“, einer historisch ehrwürdigen und tief fundierten Idee, die jetzt als Emanzipation von „überflüssiger Herrschaft“ verstanden wurde. Genaugenommen war es eine über den Erdball schweifende politische Befreiungshistorie, welche in der Geschichte ein zwar langwieriges, aber schließlich erfolgreiches Abschütteln von Knechtschaft als leitendes Prinzip entdeckte und damit das eigene Handeln in die Zukunft hinein legitimierte. In eigentümlicher Weise mischten sich hedonistische Zukunftserwartungen mit utopischem Voluntarismus und scharfsichtigen Analysen. Und diese Geschichte weckte Emotionen: Alte Lieder wurden wieder lebendig, Helden und Märtyrer zu neuer, personaler Vorbildwirkung gesteigert, aktionistische Triebsätze längst vergangener Zeiten wieder als scharfe Munition verwendet.

Es ist eine schwerwiegende Verkennung, wenn dieser buntgemischten politisch-ideologischen Opposition der späten sechziger und frühen siebziger Jahre Geschichtsfeindlichkeit oder Geschichtsfremdheit unterstellt wird. Vielmehr hat diese Bewegung die Geschichte wieder ins politische Selbstbewußtsein der Bundesrepublik hineingebracht — freilich auf eine verfremdende Art. Denn dieser Rückgriff auf die Geschichte wandte sich nicht nur gegen die technokratische Geschichtslosigkeit, sondern auch gegen die traditionelle Sicht bürgerlicher Nationalgeschichte, die sich bereits vor diesem Angriff an den Rand der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gedrängt sah und, ehe sie in produktiver Verbindung mit den Sozialwissenschaften neue Antworten auf die Herausforderungen fand, eine Zeit der Verblüffungsstarre in Wissenschaft und Unterricht durchmachen mußte.

Der Streit um die Hessischen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre half, die Fronten zu klären. Der Versuch, das Geschichtsverständnis auf eine neue Weise der Entwicklung einer erhofften Zukunftsgesellschaft dienstbar zu machen — nichts anderes war die Einordnung des Faches Geschichte in den Bereich der Sozialkunde —, wiewies die politischen Gegner ihrerseits auf die Geschichte und trieb sie aus der nicht mehr haltbaren Bastion der Geschichtsverleugnung in das offene Feld einer neuen Auseinandersetzung um die Bewertung der deutschen Geschichte.

Diese Mobilisierung und Polarisierung des Geschichtsbewußtseins hat die Politiker der Bundesrepublik, die Publizisten, die Historiker und die Lehrer wieder zu der Erkenntnis geführt, daß das Geschichtsbild ein Politikum ist, ebenso notwendig zur Selbstvergewisserung wie nützlich zur Denunzierung des politischen Gegners. Seit dieser Zeit befassen sich Landtage mit Richtlinien für politisch und historisch bedeutsame Fächer, stellen Parteien Anträge zum Geschichtsunterricht, geben Bundespräsidenten programmatische Erklärungen zur Geschichte ab, formieren sich politische Lager als Hüter unterschiedlicher Traditionen, wird die Geschichtsforschung wieder zur spannenden und umkämpften öffentlichen Angelegenheit. Zwar hat sich der Pulverdampf der großen Schlachten um die richtige Bildungspolitik und darin vor allem um Art und Ausmaß des Geschichtsunterrichts mit dem Stillstand oder dem Zurücknehmen des Ansatzes zur großen Bildungsreform verzogen. Aber die öffentliche Auseinandersetzung um die „richtige“ Deutung der Geschichte hat sich nicht abgeschwächt. Kein großer Gedenktag verläuft mehr in Routine oder Harmonie, keine bedeutsame politische Auseinandersetzung ohne polemische Indienstnahme von Geschichte. Die Geschichtswissenschaft, wie immer die Impulse ihrer Fragen aus gegenwärtigem Interesse mitbestimmt sind, läßt sich unter den einfachen Gegensatz von „Emanzipation“ und „Identität“ nicht subsumieren; aber beide Begriffe bezeichnen unterschiedliche Dispositionen der Mentalität, durch welche die Aufnahme und Bewertung ihrer Ergebnisse in der publizistischen und politischen Öffentlichkeit geprägt wird. Und wenn nicht alles täuscht, reichen diese „lebensweltlichen“ Prägekräfte direkt bis in die wissenschaftliche Produktion hinein — wenn auch das bedenkliche Auseinanderklaffen von nationalpädagogischem Motiv und Wahrheitsstreben nicht immer so konkret und so bedenklich faßbar ist wie etwa bei der Schuldzuweisung für den Reichstagsbrand (W. Hofer).

Die emanzipatorisch-kritisch gestimmte Sicht der deutschen Geschichte wird am besten durch die zu

geflügelten politischen Worten gewordenen Buchtitel von der „Verspäteten Nation“ (H. Plessner) oder der „Verspäteten Demokratie“ (W. Röhrich) bezeichnet. Für diese Vorstellungen geben die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der westlichen, vornehmlich der angelsächsischen Länder das Vorbild ab. Gemessen am Modell dieser politischen Nationen erscheint die deutsche Geschichte als „Sonderweg“ und zwar, anders als deutsche Intellektuelle es vor und nach dem Ersten Weltkrieg sahen, in negativer Wertung: ein Weg, auf dem die deutsche Nation zielstrebig in das „Dritte Reich“ marschiert sei; ein Irrweg, von dem man sich abzuwenden habe durch Abschüttelung der historischen Bedingungsfaktoren des Nationalsozialismus. Die Suche nach solchen Bedingungen greift dann weit ins 19. Jahrhundert, ja in die frühmoderne deutsche Geschichte zurück, die, dadurch in ein Zwielficht getaucht, für eine unbefangene Identifizierung der lebenden Generation mit ihren Vorvätern bis über das dritte Glied zurück nicht mehr viel hergibt — eine sozialpsychologisch bedenkliche Erscheinung, die das breite Selbstverständnis der Nation von Tradition und Überlieferung lösen und vielmehr auf deren Kritik gründen möchte. Daß diese These eine so breite, bewußte Akzeptanz und als eine unerschwellige Einstellung so viel Zustimmung findet, macht deutlich, daß ihr eine weithin aufgenommene Tradition anderer Art zugrundeliegt, nämlich die Entscheidung von 1949 — die nicht nur außenpolitische, sondern in einer Grundstimmung der politischen Mentalität fundierte „Westorientierung“ der Bundesrepublik. Insofern stützt diese kritische Geschichtsperspektive insgesamt die ideologischen Prämissen der Existenz der Bundesrepublik, die es progressiv weiterzuentwickeln, aber nicht zu suspendieren gilt.

Die radikale Variante einer emanzipatorischen Geschichtssicht, die das Grundgesetz als „Diktat der Alliierten und des Kapitals“ verteufelt, im Jahr 1949 einen neuen Irrweg beginnen sieht, der von den genuin deutschen und europäischen Traditionen rätendemokratischer oder sozialistischer politischer Ordnungsentwürfe abführte, blieb auf kleine Zirkel beschränkt. Aber in der emotional durchtränkten Abwehr der Fremdbestimmung Mitteleuropas durch die Weltmächte, verbunden mit der Ablehnung übermächtiger administrativer und ökonomischer Komplexe deutet sich hier eine neue, positive Sonderwegs-ideologie an, die in der Friedensbewegung über die Systemgrenzen hinweg wieder eine nationale Identität beschwört, die nun nicht aus einem besonderen Anspruch auf Weltmacht, sondern aus dem Bewußtsein der Ohnmacht ihre Kraft zieht.

Die emanzipatorische Geschichtssicht hat ihre Kritiker selbst wachgerüttelt. Durch die emphatische Verkündigung einer durch Erziehung und Aufklärung zu verwirklichenden, erst wahrhaft demokratischen „Realutopie“ herrschaftsfreier Gesellschaft, verbunden mit symbolischen oder tatsächlichen Angriffen gegen institutionalisierte Ordnungen, Gewohnheiten und Sitten, weckte sie die Sorge, daß die Gesellschaft, insbesondere die Heranwachsenden, durch Lösung aus Traditionen, Gewohnheiten und unbestritten anerkannten Werten zur manipulierbaren Masse für eine emanzipatorische Demagogie werden könne. Unhistorisches Denken, gegründet auf den Anspruch nach Selbstbestimmung aus dem eigenen Verstand, durch moralischen Anspruch in der Gewißheit der eigenen Überzeugung gestärkt, schien im Begriff, die geschichtliche Verankerung, auf der auch die Bundesrepublik ruht, loszureißen. Nicht eine solche rhetorische Programmatik, die zu ungewissen und gefährlichen Entwicklungen führen könne, sondern die Geschichte sei „das Bezugsfeld, in dem wir unsere Identität finden“. Durch historische Bildung müsse „dem Identitätsverlust und der Massengesellschaft“ entgegengewirkt werden; das sei eine „eminent politische Aufgabe“ — so die Thesen Alfred Dreggers und der hessischen CDU zu Geschichte und Geschichtsunterricht.

Auch diese identifikatorische Sicht auf die Geschichte stützt die ideologischen und institutionellen Fundamente der Bundesrepublik, aber nicht so sehr als zu entwickelnde Ausgangspositionen, sondern als zu bewahrende Errungenschaften. Von der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik fällt in dieser Perspektive — strukturell sehr ähnlich dem Perspektivenwechsel in der DDR — wieder ein mildes Licht auf die Geschichte der deutschen Nation. Mit dem Gewicht des neuen Staates

und seines Selbstbewußtseins wächst das positive historische Potential, das Bewußtsein seiner historischen Eigenständigkeit, wird die 1933 und 1945 so tief diskreditierte nationalliberale und konservative Traditionslinie wieder akzeptabel. Dem „Wir sind wieder wer!“ entspricht ein „Wir waren schließlich einmal wer!“ Die kompromißlose Ablehnung der nationalsozialistischen Periode verstärkt in dieser Sicht den Drang nach Relativierung jener Jahre durch die historische Gesamtperspektive, das heißt, nach Wiedergewinnung einer Möglichkeit genuiner deutscher historischer Selbstvergewisserung. Hatte Heinemann als Bundespräsident dazu aufgerufen, spezifische demokratische Traditionen aus der deutschen Geschichte normativ zu präsentieren, so wiesen Scheel und Carstens in derselben Funktion nachdrücklich auf die gesamte deutsche Geschichte als erinnerungswürdig hin — eine sinnfällige Darstellung des gegensätzlichen Musters deutscher Geschichtsrezeption.

Es ist nicht ganz leicht, festzustellen, wie randscharf sich diese auf die Anerkennung der Bundesrepublik zielende historische Perspektive von den Versuchen absetzt, die deutsche Geschichte in einer neonationalen Weise neu zu schreiben und dabei mehr oder minder offen, auch den Nationalsozialismus mindestens partiell wieder zu exkulpierten — einerlei ob dies in regressivem Zugriff (H. Diwald) oder harmonisierender Historienmalerei (W. Venohr) geschieht. Aber durch eine scharfe Trennungslinie ist die neonazistische, revisionistische Geschichtssicht von ihr geschieden — sie berührt sich allerdings in fataler Weise in ihrer Aggression gegen die Supermächte mit der neutralistisch-linken Position; ihre konzeptionelle und emotionale Distanz von jeglicher Friedensbewegung zeigt freilich, daß die Extreme sich doch nicht so einfach berühren, wie man oft meint.

VI.

Diese beiden Grundmuster des neuen Zugriffs auf die Geschichte innerhalb des Rahmens der Normen und Wirklichkeiten der Bundesrepublik bestimmen nun weithin die Art des Umgangs mit der Geschichte in der politischen Auseinandersetzung. Nur andeutungsweise sei auf einige Beispiele hingewiesen.

— Die Widerstandsforschung ist zu komplex, als daß sie in den genannten Grundmustern aufginge; aber seit Hans Rothfels' Monographie über „Die deutsche Opposition gegen Hitler“ (1948/49) zeigt sich ein Wandel in der Bewertung

der Widerstandsgruppen, der nicht allein der Logik der Forschung, sondern auch den Bedürfnissen der politischen Selbstverständigung folgte. Er führte von dem Versuch, durch positive Identifizierungsangebote den Deutschen der Nachkriegszeit jedenfalls ein Stück historisch-politisches Selbstbewußtseins zu geben, bis zur kritischen Auseinandersetzung mit jenen Widerstandskreisen, deren Zukunftsbild dem Weg nicht entsprach, den die Bundesrepublik eingeschlagen hatte. In gleichem Maße wurde als eine Art ausgleichender Gerechtigkeit im Selbstverständnis der Nation der

Widerstand von Links, der Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaften aufgewertet oder angemessener und gerechter begriffen. Der Differenzierungsprozeß der Forschung war zugleich ein Vorgang, in dem sich Legitimationsmuster verschoben — zugunsten des „demokratischen“, auf Kosten des „traditional autoritären“ Widerstandspotentials.

— Auf die Deutung der nationalsozialistischen Periode schlägt dieses polare Grundmuster noch deutlicher, freilich auch viel komplizierter durch. Das gilt für die Versuche einer Gesamterklärung des Phänomens ebenso wie für die Auseinandersetzung um die konkreten Ursachen der „Macht ergreifung“ oder für die Analyse des Herrschaftssystems selbst. Das Aufbrechen des „Riegels“ (M. Broszat), der den Zugang zur deutschen Geschichte vor 1933 und ihre Verbindung mit der Gegenwart nach 1949 versperrte, erfolgte durch die „emanzipatorische“ Kontinuitätssuche, die sich nicht mehr mit außerhistorischen Kategorien wie Unglück, Tragik oder Zufall bei der Erklärung des Phänomens begnügen mochte. Die ernsthafte Forschung hat mit diesem Ansatz einen erheblichen Beitrag zur genaueren Erschließung der politischen und vor allen Dingen der gesellschaftlichen Geschichte des 19. Jahrhunderts geleistet; ihre popularisierende Aufnahme oder der sie begleitende Schwarm politisch motivierter eifernder Traktate hat diesen Zugriff zu einer denunziatorischen Polithistorie verkommen lassen, die mehr oder minder direkt ganze Gruppen des deutschen Volkes, seine staatlichen Institutionen, seine politische Philosophie und erst recht seine politischen Mentalitäten als präfaschistisch denunziert und, dem emanzipatorischen Ansatz gemäß, den Schluß nahelegt, eigentlich habe man seit der Französischen Revolution, vielleicht gar seit Luthers Reformation, aus der deutschen Geschichte nur noch emigrieren dürfen.

Dem entspricht fast spiegelbildlich die Abwehr dieser Position. In der politischen Selbstverständigungshistorie verweist man auf die von der anderen Seite gern vernachlässigte außenpolitische Bedingtheit der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert „mitten in Europa“ hin. Auch auf hoher Ebene der engagierten Reflexion wird „Versagen und Verhängnis“ (A. Heuß) in der deutschen Geschichte mit aller Entschiedenheit in der hier beobachteten Polarität beschrieben. In scharfer Wendung gegen die Sozialgeschichte (und am Rande natürlich gegen die Didaktiker) kann Alfred Heuß in der Realgeschichte des Deutschen Reiches die äußeren Gefahren als dominant hervorheben und zugleich auf der Ebene des Bewußtseins den wissenschaftlichen (und doch wohl auch politischen) Antipoden vorwer-

fen, daß sie Geschichte und Geschichtsverständnis geradezu „auf den Kopf gestellt hätten“ — zweifellos eine Entlastung der deutschen Innenpolitik seit der Reichsgründung und eine Erhöhung des nationalen Identifikationspotentials in politischer Absicht.

Bei der unmittelbaren Schuldzuweisung für die „Machtübernahme“ wird die Historie in der politischen Auseinandersetzung noch unbefangener als Knüppel eingesetzt. Die Zuweisung der Schuld am Aufkommen Hitlers, wechselweise der Wirtschaft und dem nationalistischen Kleinbürgertum oder aber den zum Nationalsozialismus übergegangenen Arbeitermassen zugeschrieben, ist in dem Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ unter die Toleranzlinie eines noch diskutablen Umgangs mit Geschichte in der politischen Auseinandersetzung gerutscht. Die Frage nach den dominanten Kräften des Herrschaftssystems des Nationalsozialismus, nach der Gewichtung der Bedeutung Hitlers oder der ihn politisch und gesellschaftlich unterstützenden Personen und Institutionen zeigt nicht minder jene Anfälligkeit für politische Instrumentalisierung: Je größer die Rolle Hitlers und seines Herrschaftssystems, desto entschuldbarer die deutsche Gesellschaft; je schwächer die Figur Hitlers, je verworrener sein Herrschaftssystem, je einflußreicher und stützender für das Dritte Reich Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Armee, Lehrerschaft usw., und um so notwendiger die „Emanzipation“ aus dieser deutschen Geschichte.

— Diffus wird das Spektrum bei den besonders belastenden Themen. Es wäre eine genaue politische und sozialpsychologische Untersuchung wert, die gegenwärtige Einstellung deutscher Intellektueller und Politiker zur „Judenfrage“ zu eruieren. Hier durchkreuzen sich die Positionen auf eigenartige Weise. Es gibt das forsche, neokonservative Abschütteln von Schuld mit dem Hinweis auf den Fortgang der Geschichte und die unbelastete Generation; es gibt den verräterischen Gebrauch von Redewendungen, die deutschen Politikern, ob in Kommune, Land oder Staat, nicht mehr von den Lippen gehen dürften; es gibt aber auch die intellektuell und ästhetisch verbrämte Wiederbelebung der nationalsozialistischen Plutokratismusthese von vermeintlich progressiver Seite, der das „Grundrecht auf freie Meinungsäußerung“ (Th. Sommer) zugestanden wird, obgleich sie sich erklärtermaßen politische Stellungnahmen gestattet, die vor dem Hintergrund der deutsch-jüdischen Geschichte gefährlicher sind als dumme oder zynische Sprüche im politischen Geschäft und, wie man aus dem Zusammenhang von Faschismus und Ästhetik wissen sollte, durch den Hinweis auf die Freiheit der

Kunst nicht politisch außer Verantwortung gesetzt werden (Fassbinder, „Die Stadt, der Müll und der Tod“). Wo es um Schichten deutscher historischer Schuld und Erfahrung geht, vor denen letztlich nicht mehr Verständniskategorien des historischen Prozesses, sondern metahistorische, moralische Kriterien Geltung beanspruchen, verwirren sich die Fronten der historischen Deutung eines bestimmten politischen Selbstverständnisses, verliert die Strukturierung des historischen Urteils durch die politische Position an regulativer Kraft.

— Ganz anders hingegen bei der Berufung auf Geschichte im Zusammenhang mit der Ostpolitik. Die politische Polarisierung dominierte die historische Orientierung so stark, daß die Debatten des Deutschen Bundestages ein Musterbeispiel für die Verwendung von „Geschichte als politisches Argument“ (W. Bach) lieferten. Die systematische Untersuchung dieses Zusammenhanges hat gezeigt, in welcher Weise historische Argumentationsformen, Inhalte, Bilder und Stereotype politisch funktionalisiert werden können. Je höher der Grad dieser Funktionalisierung, um so irreführender wird die so benutzte Geschichte für das politische Urteil. Da wird Geschichte unbefangen, so wie es nützt, als Beispielsammlung verwendet, werden Analogien fragwürdiger Art der politischen Rhetorik dienstbar gemacht, werden vor allem Kontinuitätsbehauptungen aufgestellt, die willkürlich Entwicklungen an den Stellen beginnen oder enden lassen, wo es gerade in das politische Konzept paßt. Bei dieser beliebigen Verwendung erscheint Geschichte als „der unversiegbare Dorfbrunnen, aus dem jeder das Wasser des Beispiels schöpft, um seinen Unflat abzuwaschen“ — ein altes, von Koselleck wiederentdecktes deutsches Sprichwort. Abstrakt ausgedrückt: Die der eigenen gegenwärtigen Position als Bestätigung dienende Darstellung historischer Fakten, nicht aber die Bemühung um genaue Kenntnis und gerechtes Urteil bestimmen die Deutung von Geschichte.

— Am Beispiel der Auseinandersetzung mit Empfehlungen für die Inhalte und Urteile in Geschichtsbüchern für die Schulen zeigt sich der Zusammenhang von politischer Position, historischem Selbstverständnis und innen- und außenpolitischen Feindbildern besonders kraß. Es ist interessant, daß die deutsch-französischen Schulbuchempfehlungen, die in den zwanziger Jahren empörte Kritik und Sanktionen gegen den Initiator hervorriefen, in den fünfziger Jahren, als das alte Papier nur geringfügig überarbeitet wieder vorgelegt wurde, wohlwollende Aufnahme fanden — ein Zeichen des durch die politische Entwicklung gewandelten, die historische Betrachtung umprägenden Selbstverständnisses.

Ganz anders die Aufnahme der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der publizistischen und politischen Öffentlichkeit unseres Landes. Vordergründig zeigt sie die Fortsetzung des innenpolitischen Kampfes mit historischen Mitteln zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien bis in die Landtage und die Kommunalparlamente hinein. Dahinter aber entwickelte sich eine die Parteiräson überschreitende historisch-politische Besinnungsintensität, die langfristig die agitatorische Benutzung historischer Aussagen im politischen Kampf zurückdrängte. Das polare Muster von „Emanzipation“ und „Identität“ war zunächst überdeutlich: Die Zustimmung zu den Schulbuchempfehlungen gründete sich bisweilen emphatisch auf die Aufrechnung besonderer deutscher Schuld gegenüber Polen in den vergangenen Jahren und auf die Hoffnung eines Neubeginns deutsch-polnischer Beziehungen durch die Anerkennung der nach 1945 geschaffenen Tatsachen. So konnten einige durchaus problematische Passagen des Empfehlungstextes nicht als das analysiert werden, was sie waren: der vorsichtige Beginn eines nicht sehr belastbaren Dialogs, sondern als historische Rechtfertigung einer politisch erwünschten Befreiung von der als Last verstandenen deutschen Geschichte im Osten. Auf der anderen Seite wurde die Ablehnung nicht minder scharf und polemisch formuliert, lief doch die Arbeit an den Empfehlungen und deren Ergebnis einer alten deutschnationalen Perspektive der polnischen Geschichte und des Polentums sowie der deutschen Kulturmission im Osten zuwider. Die historisch-nationale Identitätsbildung ganzer Generationen schien in Frage gestellt, der Erfahrungs- und Interpretationshorizont der Vertriebenen seines selbstverständlichen Geltungsanspruches und seiner politisch-historischen Semantik entkleidet. Die Vorwürfe der Geschichtsfälschung und des Ausverkaufes deutscher Interessen waren der Ausdruck des Festhaltens an alten Vorstellungen und Verhältnissen: nicht nur im Sinne der staatsrechtlichen These von der Kontinuität des Deutschen Reiches, des historischen und rechtlichen Anspruchs auf seit siebenhundert Jahren deutsche und deutschgeprägte Landschaften, sondern auch im Sinne des Wachhaltens eines historisch-politischen Interpretationsmusters, das ein wesentliches Element nationalen deutschen Selbstverständnisses geblieben war.

Es überrascht nicht, daß beide Seiten den kurzen Text nur selektiv, bisweilen entstellend in ihre politisch-historische Argumentation einbrachten. Der Politiker ist kein Historiker, sondern ein „Historione“ (W. Bach). Aber es überrascht, daß diesseits der antagonistischen Polemik quer durch alle Parteien hindurch Zug um Zug ein bisweilen nur

verhüllt eingestandener Konsens entstand, der letztlich auf eine tiefgreifende Veränderung des deutschen historischen und politischen Selbstverständnisses im Hinblick auf die Volksrepublik Polen zielte. Eigentümlich, wie in dieser Verarbeitung von Geschichtsbewußtsein auf dem Boden zeitgeschichtlicher Erfahrungen und rationaler Zukunftsperspektiven sich die Repräsentanten der deutschen „Neustämme“ voneinander unterschieden — die alte Beobachtung, daß im Heimatlande Kants Rationalität und Liberalität, die Fähigkeit zu nüchterner und verantwortungsvoller Politik besonders stark ausgebildet waren, schien sich in der unterschiedlichen Reaktion der verschiedenen Landsmannschaften der Vertriebenen zu bestätigen. Insgesamt wuchs in Öffentlichkeit und Schule das Interesse an genauerer Kenntnis der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte und der gegenwärtigen Zustände des Nachbarlandes. Auch eine andere Konstante der deutschen Geschichte, die Polensympathie, wurde in der Bundesrepublik wieder lebendig: unvergleichlich stärker als in der DDR, wo die freundlichen Beziehungen zum Nachbarn eher im offiziellen Bereich verharren. Die in diesem Klima mögliche Differenzierung, Vertiefung und wissenschaftliche Absicherung der Verständigung über die Deutung der gemeinsamen Geschichte, den der Empfehlungstext darstellte, ist nicht nur ein bedeutsamer Fortschritt im wissenschaftlichen Dialog; der Text ist auch ein Beitrag geprüften Geschichtsbewußtsein zum politischen Selbstverständnis und insofern das genaue Gegenstück der Instrumentalisierung von Geschichte im Dienst der Politik.

— Wie stark auf die politische Position durchschlagende historische Deutungsmuster wirken, zeigt der Verlauf der Debatten um das Preußenbild. Einerseits erfüllt es eine „Sündenbockfunktion“, die eine genaue Umkehr der Legende von der deutschen Sendung Preußens darstellt. Andererseits hält sich die Hochschätzung Preußens als des aufgeklärten, reformfähigen, effizienten Staats der Bildung und Verwaltung, des trotz allem durchdringenden Fortschritts und schließlich des sozialdemokratischen Hortes gegen das autoritäre und nationalsozialistisch werdende Reich. Die hinter dem Versuch wissenschaftlicher Klärung des komplexen und ambivalenten Themas liegenden politischen Positionen werden hartnäckig verteidigt; das zeigt die unverständliche Ausladung eines Historikers von einem Symposium zur preußischen Geschichte, nachdem die Veranstalter sein Manuskript gelesen hatten. Wie das historische Preußenbild auch noch den Hintergrund der Diskussion um die sowjetische Note zur Deutschlandpolitik von 1952 und die heutige Perspektive der Ostpolitik bestimmen kann, enthüllt

der Dissens zwischen Marion Gräfin Dönhoff und Gerd Bucerius in der „Zeit“ (21. und 28. 3. 1986), der ein erstaunliches Maß an tiefsitzenden Vorurteilen und eine schon schmerzhaft simplifizierende Darstellung des Preußenbildes im „Umgang mit der Geschichte... unter Freunden“ ans Tageslicht brachte.

— Als letztes sei auf die Evokation von Geschichte verwiesen, welche die Reaktion auf die Teilung des deutschen Nationalstaats veranlaßt hat. Hier ist das Bündel einander ausschließender Perspektiven des Wünschbaren und Möglichen, des historisch Gewordenen und des künftig zu Planenden so verwickelt geschnürt, daß die auf anderen Feldern sichtbaren Fronten der politischen Lager in der historischen Deutung nicht einfach wiederzufinden sind, zumal sich im Laufe der letzten dreißig Jahre die Positionen innerhalb der Parteien und zwischen ihnen durchaus verschoben haben. Man sollte nicht vergessen, daß gegen Adenauers politischen Weg die Sozialdemokraten und die Liberalen die Einheit der Nation als Priorität deutscher Politik betonten. Die Inanspruchnahme von Geschichte in diesem Kontext ist besonders massiv und widersprüchlich. Es ist ein Beispiel für die historisch willkürliche Festsetzung einer Kontinuitätslinie, wenn sich mit juristischen Argumenten die Wiedervereinigungsforderung nach dem Modell des Bismarck-Staates auf die Entscheidung von 1866 und 1871 bzw. 1919 gründet. Es ist eine durch die politischen Zwänge verständliche, aber wenig Überzeugungskraft ausstrahlende Vision der kommenden Geschichte, daß eben dieser deutsche Nationalstaat, gegründet in einer Situation extensiver Schwäche der europäischen Flügelmächte, wiederentstehen soll im Rahmen eines unter der Herrschaft des liberal-demokratischen Staats- und Gesellschaftsmodells nicht mehr gespaltenen Europa. Es ist auch ein Widerspruch, wenn auf dem Wege dahin die Bundesrepublik im Rahmen einer westeuropäischen Union eben die Souveränitätsrechte aufgeben soll, die sie befähigen würden, die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates auf den Gebieten der Bundesrepublik und der DDR anzustreben. Die scharfe Polemik gegen diese Konzeption gründet sich auf eine historische Deutung Europas als einer politischen Region, die sich eben durch die Existenz und Interdependenz souveräner nationaler Staaten konstituiert (W. Seiffert). Die Verbindung der schwierigen Frage, was Europa eigentlich ausmache, mit der Frage, wie ein künftig vereinigtes Deutschland aussehen soll, läßt weder historisch eindeutige noch politisch klar formulierte Antworten zu.

Auf der anderen Seite ist der historische Verweis auf den herkömmlichen politischen deutschen

Pluralismus zur Abstützung der politisch bequemen These eines geregelten Nebeneinanders dreier deutscher Staaten (Bundesrepublik, DDR, Österreich) wenig überzeugend. Die Teilung ist keine Reaktivierung historischer partikularstaatlicher Organisation. Sie ist auch, anders als die Gebietsverluste im Osten, keine zwingende Folge einer *debellatio*, sondern durchaus eine Neustrukturierung der deutschen politischen Landkarte — es ist blanker Voluntarismus, wenn populäre Bildbände zur Erklärung der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten anführen, daß diesseits der „Bruchlinie im geographischen Mitteleuropa“ mit zwei Ausnahmen alle freien Reichsstädte gelegen hätten, jenseits der Absolutismus sich seine Bastion geschaffen habe, hierzulande also Freiheit und Demokratie ein historisches Gut, dort der autoritäre Staat eine Überlieferung sei („Schönes Deutschland“, 1977). Solche Konstruktionen sind untauglich zur historischen Begründung des politischen Selbstverständnisses in der Deutschen Frage. Die Stellungnahmen zu dieser oder jener historischen Begründung der Möglichkeit oder der Unmöglichkeit deutscher Wiedervereinigung weisen eher auf innenpolitische Gegensätze zurück: Wo man in der Beschwörung des nationalen, Konsenses ein Aggressionspotential gegen den freiheitlichen Verfassungsstaat vermutet, wo man andererseits in der Distanz zur engagierten Verfechtung des Wiedervereinigungsgebotes einen Abschied von der Nationalgeschichte oder gar ein verfassungswidriges Verhalten unterstellt, trägt der Rückgriff auf die Geschichte zur Orientierung in der nationalen Frage nichts mehr bei.

Dieser Polarisierung stehen jedoch tiefer greifende Besinnungen auf die deutsche Geschichte im wissenschaftlichen, politischen und publizistischen Diskurs entgegen — nicht zuletzt beflügelt durch die Intensität der wendungsreichen Diskussion der nationalen Frage in der DDR. Diese breite Diskussion um die „Deutsche Frage“, um die „Identität der Deutschen“ hat den bemühten Kompromiß der Kultusminister um eine allgemeine Regelung der Behandlung der Deutschen Frage im Unterricht längst hinter sich gelassen — ein Kompromiß, der durch die vorangestellte rechtspolitische Dogmatik eher eine Versteinerung und damit ein Absterben als die beabsichtigte Stärkung des nationalen Engagements bewirkt. Die politische Komplexität der „Deutschen Frage“ läßt, aufs Ganze gesehen, auch das Bündel ihrer historischen Divergenzen wieder bewußt werden. Die intensive und weit verbreitete historisch-politische Befassung mit der Deutschen Frage gibt die Chance, nie völlig vergessene, aber überlagerte, verschiedenartige Identitätsbezüge innerhalb der deutschen Geschichte als Bestand-

teile und nicht als Defizite der Nation zu entdecken: Regionale, konfessionelle, ideologische, sozial verschiedenartige historische und politische Erfahrungswelten und vorgeprägte Einheiten lassen es nicht mehr zu, eine homogene nationale Identität als Bezugspunkt politischen Denkens zu definieren und eine auf sie fixierte absolute Loyalität zu verlangen.

Die Deutsche Frage ist nicht nur „offen“ hinsichtlich einer politischen Überwindung der deutschen Teilung; ist sie vor allem offen hinsichtlich einer historisch-politischen Selbstbestimmung dieser Nation mit ihrer konkreten Geschichte und ihren Traditionen — im Guten wie im Bösen sind sie uns vor- und aufgegeben. Sie lassen sich nicht sortieren wie die Erbsen im Märchen. Vor allem sind sie nicht zu „bewältigen“ durch den sozialpsychologisch so verständlichen Wunsch nach „Schlußstrich“ oder „Neubeginn“. Wer in der Deutschen Frage für welche politische Lösung auch immer ein eindeutiges Modell in der Geschichte sucht, wird notwendig danebengreifen. Die deutsche Einheit ist kein Monolith, sondern die spannungsreiche Kommunikation historisch gewordener, unterschiedlicher Identitäten, deren Recht nicht aus der „Nation“ abgeleitet werden kann; sie konstituieren vielmehr in gemeinsamer Sprache und gemeinsamer Geschichte erst die Nation durch den politischen Willen. Dieser Wille würde durch den Zwang, sich als „*une et indivisible*“ zu begreifen, gelähmt.

Wie schwierig an diesem Thema die Verbindung des politischen mit dem historischen Bewußtsein ist, zeigen die Diskussionen um die Art, wie der 8. Mai 1985 in der Bundesrepublik angemessen zu begehen sei. Greift die Politik bei der Erklärung des Beginns der Herrschaft Hitlers noch relativ unbefangen zur Geschichte als Argument, so lösen sich angesichts der Erinnerung an das Ende dieses Reiches die Fronten von „emanzipatorischem“ und „identitätsstiftendem“ Zugriff auf die Geschichte auf. Die Bewertung dieses Tages ist vielmehr eine Folge der Entscheidung für bestimmte und oft widersprüchliche „Identitäten“, die sich in der deutschen Geschichte durchdrangen oder gegenüberstanden — Identitäten oder Traditionsstränge, die nicht in der kurzen Geschichte der Bundesrepublik, sondern in der deutschen Geschichte des 20. und 19. Jahrhunderts ihre Aktualisierung gewannen, historisch aber weiter zurückreichen. Sie wirken und sind unempfindlich nach innen wie nach außen gegenüber bemühten symbolischen Gesten in Konzentrationslagern oder auf Soldatenfriedhöfen. Sie bestimmen, ob gewollt und verstanden oder nicht, auch die Positionen der politischen „Enkel“ der Gründungsväter der Bundesrepublik. Die in diesem Sinne „offene“

Deutsche Frage richtet sich an unsere Fähigkeit, das oft beschworene „Selbstbestimmungsrecht“ auch angesichts der Geschichte auszuüben.

Die Radikalität, Extensivität und Intensität, mit der die deutsche Geschichte unter dem Hakenkreuz aus dem zwar überall und immer verletzten, aber doch anerkannten europäischen politischen Moralkodex ausgeschert ist, verbietet es, die Geschichte, wie bei allen Nationen oft recht unbedenklich üblich, als Instrument der Entschuldung oder Selbstbestätigung zu benutzen. Das gilt vor allem für jenes direkte oder mittelbare Aufrechnen von Ermordeten und Vertriebenen, von wechselseitigen Zerstörungen, von beiderseitigen politischen Lügen, für das Beschwören von Schuld auf der anderen Seite zum Zwecke der eigenen Entlastung. Wer dieser Verführung einer oft nur dosiert dargebotenen Geschichtsaufrech-

nung folgt und damit auf elementare Sozialinstinkte in politischer Absicht spekuliert, versäumt die Chance, eine durch Vernunft und Moral vor Geschichte und Zukunftserwartung tragfähige Antwort auf die Deutsche Frage zu finden. Eine solche Antwort liegt ganz gewiß nicht bei einem der beiden Pole der bundesdeutschen Attitüde gegenüber der Geschichte. Keine Realutopie, kein persönliches Unschuldsbewußtsein, kein gutes demokratisches Gewissen, keine moralische Entrüstung über die Bosheit anderer „hinten, weit in der Türkei“ kann eine Emanzipation von dieser Geschichte und einen unbefangenen Aufbruch zu neuen Ufern begründen; kein pauschaler Ruf nach „Identität“ kann andererseits vergessen machen, daß die deutsche Geschichte kein Schatzkästlein ist, das es nun wieder zu öffnen gälte, und keine feste Burg, die uns Sicherheit böte oder Ansprüche schützte.

VII.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß die Beschreibung des politisch mobilisierten Geschichtsbewußtseins in der Bundesrepublik nach dem Muster des Gegensatzes von „Emanzipation“ und „Identität“ — oft vereinfacht oder polemisch als Widerspruch zwischen „fortschrittlicher“ und „konservativer“ Geschichtssicht gedeutet — vordergründig bleibt. Genauer ist eine Differenzierung nach den unterschiedlichen Identitätsbezügen des historischen Selbstverständnisses, also nach den Kriterien der historischen Urteilsbildung und Wertung.

Je deutlicher sich jene Polarisierung manifestiert, um so ungenauer und fragwürdiger wird der Umgang mit Geschichte, um so mehr spricht aus der so zurechtgerückten Geschichte „der Herren eigener Geist“. Das Wesen geschichtlicher Erscheinungen hingegen ist es, „daß das, was wir mögen, und das, was wir nicht mögen, ihnen zugleich eigen ist, daß sie sich unserem Verlangen, das Positive auf derselben Seite zu finden: Freiheit und Friede gerade nicht fügen ...“ (Th. Nipperdey).

Die Abwägung von historischen Identitätsangeboten in der Perspektive politischer Pragmatik und Normativität unter gegenwärtigen Bedingungen, die von denjenigen Verhältnissen verschieden sind, unter denen diese Traditionen entstanden, auf die man sich beruft — das ist das eigentliche Problem des „Geschichtsbewußtseins“ im politischen Kontext. Es gibt Traditionsstränge, die durch die Geschichte *sans phrase* diskreditiert sind. Was sich in die Überlieferung der national-

sozialistischen Perversion deutscher Geschichte stellt, aber auch, was aus dem noch brodelnden Topf eines erst seit dem späten 19. Jahrhundert in der deutschen Geschichte politisch virulenten völkisch-populistischen Integralismus und Fremdenhasses schöpft, sollte seine Kraft im historischen und politischen Bewußtsein verspielt haben. Aber nicht alles aus der Überlieferung, worauf sich der Nationalsozialismus usurpatorisch berufen hat, ist mit diesem gleichzusetzen. Eine schlimme Folge des Eklektizismus dieser Ideologie und ihrer unbedenklichen Ausbeutung und Verschleuderung der deutschen Geschichte ist es, daß sich heute in der politischen Auseinandersetzung eine Demagogie bemerkbar machen kann, die den jeweiligen Gegner in die diskreditierende Nähe zum Nationalsozialismus zu rücken pflegt.

Die berechtigte Frage nach der Identitätstoleranz bei der Berufung auf die Geschichte jenseits solcher Extreme läßt sich zuverlässiger als durch den Verweis auf die Inhalte durch das Kriterium des Anspruchs beantworten. Wo er absolut gesetzt wird, keine Identitätskonkurrenz duldet (zunächst in der Interpretation der Geschichte, dann in der Praxis der Politik), ist er falsch. Wo sich Identitätsbehauptungen absolut setzen, entsteht kein Geschichtsbewußtsein. Dann werden „Geschichtsbilder“ produziert. Geschichtsbilder sind der Feind des Geschichtsbewußtseins. Sie sind einfach, unverrückbar und falsch. Daß auch komplexe Gesellschaften die Neigung haben, wie die Hirtenstämme alter Zeit ihr Selbst- und Fremd-

verständnis in solchen Bildern zu deuten, ist eine elementare Bedrohung ihrer Existenz. Die fatale deutsche Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus und die ungelöste Frage nach der politischen Möglichkeit eines deutschen Nationalstaats bieten die Chance, diesem sozialpsychologischen Zwang der Selbstbestätigung zu entkommen, sich von der Magie der Geschichtsbilder zu befreien, die nach dem Ersten Weltkrieg so große und verhängnisvolle Macht gewinnen konnten.

Wir brauchen die Fülle an historischer Substanz, die Bewahrung verschiedener Identifizierungssubjekte, deren jedes ein partielles Recht hat und zu verschiedenen Fragen bedenkenswerte Antworten bereithält. Wer hätte in den sechziger Jahren gedacht, daß „Kulturpessimismus“ anders denn als „politische Gefahr“ (F. Stern) betrachtet werden könne und zu den verderblichen irrationalen Elementen des deutschen Sonderweges gehörte? Heute kann ernsthaft darüber diskutiert werden, ob das gepriesene Fortschrittsmodell noch das leitende Muster der historischen Betrachtung und der Planung für die kommende Geschichte sein darf, ob nicht der Irrationalismus gerade in der elefantenhaften Rationalität der großen administrativen und industriellen Komplexe steckt. Wenn selbst in der Fragwürdigkeit des „antimodernistischen“ Affekts und der Zivilisationskritik des späten 19. Jahrhunderts doch ein Stück bedenkenswerter Richtigkeit enthalten war, so mahnt das zu sorgfältigem Umgang mit den verschiedenen Traditionen und ihren Trägern. Dem Historiker wie dem Politiker steht die Attitüde des Staatsanwalts schlecht an.

Wie brauchen die unterschiedlichen Traditionsstränge regionaler, konfessioneller, ideologischer, politischer, sozialer Traditionsbestände auch und gerade als Substanzen unterschiedlicher politischer Willensbildung und legitimen gegenwärtigen Selbstverständnisses. Ihre Ergänzung, wechselseitige Infragestellung und Kritik, Herausforderung und Kompromißfähigkeit hinter allem Streit gehören zur Tradition deutscher Geschichte. „Deutsche Identität“ ist um so glaubhafter und fester gegründet, je intensiver sie in solcher Auseinandersetzung und Vielfalt ruht.

Ist unsere politische Kultur zur Entwicklung eines solchen Geschichtsbewußtseins fähig, das genau dem Anspruch einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft korrespondiert? Machthaber sind allzu gern Rechthaber. Der administrative Fanatismus, der durch die Hessischen Rahmenrichtlinien die Geschichte im Erziehungsprozeß in den Dienst eines bestimmten Geschichtsbildes zwingen wollte, fand sein Gegenstück in der administrativen Borniertheit, mit dem die öffentliche Kritik an den baden-württembergischen

Lehrplänen im Amtsbereich des Ministers unterdrückt werden sollte — böse Beispiele, nicht einmal aus der Hitze politischen Kampfes, sondern aus der Kühle der Amtsstuben. Daß deutsche Volksvertreter das Nachdenken über die Zukunft der Deutschen Frage in die engen Grenzen des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1973 bannen wollen, sofern dies Nachdenken auf Kongressen erfolgt, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie durch die Art des Rückgriffs auf Geschichte wirkliche deutsche Identität verspielt werden kann.

Die Unverbindlichkeit abstrakt-vager Formulierungen, wenn es um die Benennung deutscher Schuld oder Verursachung von Leid geht, ist oft gerügt worden. Es macht schon einen Unterschied, ob man von dem „ungeheuren Elend“ spricht, das 1941 „über die Russen gekommen“ sei, oder ob man das ungeheure Leid als Folge des deutschen Angriffs, der Führerbefehle und ihrer Befolgung bezeichnet. Nur solch *genaues* Sprechen ist der Geschichte angemessen und gibt uns das Recht, es auch da einzufordern, wo von der anderen Seite die Rede ist. Auch die historisch-politische gemeindeutsche Formel, daß „von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen“ dürfe, macht sich solcher vagen Verschleierung schuldig. Der Boden war wahrhaftig unschuldig und sollte nicht abermals als Metapher erhalten müssen. Deutsche Regierungen und Entscheidungsträger aller Art, nicht der „Boden“ sind aufgerufen zur Politik der Friedenserhaltung, zur Vermeidung jedes politischen und militärischen Übergriffs, zur Anerkennung der Priorität der Versöhnung gegenüber allen friedensgefährdenden Ansprüchen. Das erfordert die Bildung eines Geschichtsbewußtseins als Bestandteil der politischen Mentalität, in der sich für eine andere Politik keine Mehrheit findet. Eine Alleinzuständigkeit dafür gibt es weder aus historischer Kontinuität noch aus politischer Programmatik — wohl aber reiches Anschauungsmaterial für gefährliche Entwicklungen politischen Denkens in allen Lagern bei verschiedenen Gelegenheiten.

Eine „neue Polarisierung des Geschichtsbildes in der Bundesrepublik Deutschland“ mag manchen Heißspornen wohl recht sein; sie ist aber nichts als der Wunsch nach einer Klärung der Fronten zum Zweck der geistigen und politischen Majorisierung des Gegners und darum ebenso bedenklich wie eine Harmonisierung des Geschichtsbewußtseins, die die Gegensätze verdeckt und damit Geschichte belanglos macht.

Es ist ermutigend, daß der Bundespräsident in seiner Rede zum 8. Mai 1945 ein Zeichen des Geschichtsbewußtseins gesetzt hat, das die billige Polarisierung und die vage Harmonisierung hinter

sich läßt. Gewiß werden nicht alle im In- und Ausland, die ihm zustimmten, ihren eigenen Umgang mit Geschichte im politischen Feld danach richten. Aber Voraussetzungen sind vorhanden, die nationale Identität durch ein Geschichtsbewußtsein zu artikulieren, das ihren Besonderheiten Rechnung trägt, vielen Solidaritäten Raum gewährt, regionale, politische, religiöse, soziale Spannungen erträgt und verarbeitet, transnationale Beziehungen ebensowenig abschneidet wie lokales Sonderbewußtsein. Ein breites, gesellschaftliches Interesse der verschiedensten Gruppen — Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Frauen, Kommunen, Stadtviertel, Schulen, Re-

gionen —, die nach ihrer Geschichte fragen, hat das Wissen um die Vielfalt von Erfahrungen vermehrt und auch der deutschen Geschichte eine neue Zuwendung gebracht. Daß sie in verschiedenen, umfassenden Synthesen unter dem Eindruck der jüngsten Zeitgeschichte auf wissenschaftlichem Fundament neu geschrieben wird, ist Notwendigkeit und Chance angesichts der Produktion populärer rechter oder linker „Geschichtsbilder“, die sich in die Lücke zwischen politischem Denken und Geschichtsbewußtsein geschoben haben, welche die Geschichtsschreibung durch die Bevorzugung specialistischer Themen zu lange offengelassen hatte.

VIII.

„L'Allemagne fédérale se penche sur son passé“ —! Diese Hereinnahme der Geschichte in das politische Bewußtsein bedarf keiner Wende von der „Emanzipation“ zur „Identität“. Sie bedarf vielmehr der Genauigkeit und Unterscheidungskraft vor der Geschichte und vor allem der Bescheidenheit hinsichtlich des eigenen Gewißheitsanspruchs. Angesichts der historischen Vielfalt von Identitäten, die in der deutschen Nation zusammengelebt haben und künftig miteinander leben müssen, ist die Frage an die Norm des Geschichtsunterrichts und der politischen Bildung: „Erziehen wir eigentlich Deutsche oder Bürger der Bundesrepublik?“ (D. Wunder) falsch gestellt. Diese beiden Identitätsbezeichnungen stehen nicht alternativ, sondern komplementär zueinander.

Das Problem des politischen Selbstverständnisses in historischer Perspektive besteht darin, eine Ba-

lancierung der Identitäten (E. Kosthorst) auf dem fundamentalen Konsens auszubilden, daß nämlich diesem Spektrum „deutsche Geschichte“ als identifizierbares dichtes Kommunikationsgefüge zugrundeliegt, als Last und als Fundus der Vergangenheit, als Aufgabe der Gegenwart angesichts einer offenen Zukunft.

Die identitätsstiftende Leistung von Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht besteht in der Ausbildung eines Geschichtsbewußtseins, das zu einer solchen Spannungen aushaltenden Balancelistung befähigt, wenn die Gegenwart sich ihrer Geschichte vergewissert. Forschung und Lehre aber richten wenig aus, wenn nicht im politischen Umgang selbst Beispiel und Vorbild zu finden sind.

Kontinuität und Wandel in der Geschichtsschreibung der DDR

Das Beispiel Preußen

I. Preußen und der Umgang der SED mit Geschichte

Als im Februar 1986 Horst Sindermann, Präsident der Volkskammer der DDR und Mitglied des Politbüros der SED, die Bundesrepublik besuchte, hielt es der dem Range nach dritthöchste Partei- und Staatsfunktionär der Einheitspartei — und der ranghöchste, der bis dahin in den Westen Deutschlands gereist war — auf einer Pressekonferenz für angebracht und offenbar auch für notwendig, bei seinen Gastgebern die Vermutung zurückzuweisen, „wir“, das heißt die SED-Führung, „empfinden uns nicht mehr als richtige Deutsche“. Nur wenig später bei dieser Gelegenheit folgte dann ein Satz Sindermanns, mit dem er wohl glaubte, vor einem westlichen Publikum der Beschwörung des „Deutschseins“ besonderen Nachdruck zu verleihen: „Die DDR hat sich gründlich mit der Geschichte des Preußentums, mit Bismarck und Friedrich dem Zweiten befaßt und ihre Position dazu bestimmt.“¹⁾

Diese Bemerkung war aufschlußreich in doppelter Hinsicht: Sie bestätigte zunächst ein für alle regierenden kommunistischen Parteien und nicht zuletzt für die SED typisches Verhalten der „Geschichtsbewältigung“: Geschichte wird nicht in ihrer ganzen Ereignisbreite „angenommen“, nicht — marxistisch gesprochen — als materieller und personeller Vorlauf der Gegenwart in ihrer Gesamtheit akzeptiert, sondern die Partei wählt nach Opportunitätserwägungen aus, was an historischen Ereignissen, Perioden und Personen in einer konkreten politischen Situation ihrem Machtsicherungs- und Legitimationsinteresse dient. Geschichte wird so zum Steinbruch, aus dem sich jeder holt, was ihm gerade paßt. Nicht die Geschichte formt die historischen Grundlagen der geltenden Parteidoktrin, d. h. der historisch-materialistischen Erklärungen für den „richtigen“ politischen Weg in der jeweiligen Epoche, sondern es entscheidet die jeweilige „Po-

sition“ der Partei zu einzelnen Abschnitten, Prozessen, Gruppen und Individuen darüber, was überhaupt als erwähnenswerter Bestandteil von Geschichte erscheinen darf. Wohlgermerkt, hier geht es nicht darum, zu beklagen, daß Geschichte auf eine bestimmte Weise interpretiert wird (wobei wir die dogmatischen Verfestigungen dieser Interpretationen in kommunistisch-sozialistisch geprägten Staaten einmal außer acht lassen), derartige ist keinesfalls typisch für den realen Sozialismus/Kommunismus. Der Vorwurf lautet vielmehr, Karl Marx wird auf den Kopf gestellt, wenn — wie in der DDR geschehen — ganze Geschichtsetappen aus dem Geschichtsbild ausgeblendet werden bzw. sie erst dann als Bestandteil des Geschichtsbewußtseins zugelassen werden, wenn „ex cathedra“, also von der Parteiführung, dazu „eine Position bestimmt“ wurde.

In der DDR hat rund drei Jahrzehnte lang die Ideologie der Herrschenden bestimmt, was zum zu vermittelnden Geschichtsbild zu gehören hat. Marx verkündete aber, daß Geschichte die Ideologie der an die Macht gelangten, einst Beherrschten formen und sie auf aktiven humanitären Geschichtsvollzug festlegen werde. Das mag eine der Marx'schen konkreten Utopien gewesen sein, die hinsichtlich der Art und Weise, wie in der DDR bis Mitte der siebziger Jahre mit der Geschichte umgegangen wurde, weitgehend als solche bestätigt worden ist.

Der zweite interessante Aspekt an Sindermanns Bemerkung ist die Bekräftigung der eigentümlichen, in der DDR-Geschichte so widersprüchlichen Fixierung auf Preußen — jenen Staat, der mit dem Untergang des Dritten Reiches endgültig von der historischen Landkarte verschwunden sein sollte. Das mochte für den *Staat* Preußen auch zutreffen; Preußen aber als Sammelbegriff für eine historische Daseinsform, für eine bestimmte staatliche Organisation, für ein spezifi-

¹⁾ Neues Deutschland vom 22./23. 2. 1986, S. 5.

ches Normensystem, für eigene Verhaltensformen, Karrieremuster, für Lebensgefühl und Pflichtverständnis und nicht zuletzt als unverwechselbares Beispiel für die Bewältigung innen-, außen- und gesellschaftspolitischer Aufgaben einer Großgruppe (Volk, oder Teil-Volk), war zu keiner Zeit aus dem ideologisch-historiographischen Koordinatensystem der SED verschwunden. Im Selbstverständnis der Menschen in der DDR war „Preußen“ sowieso auf eigentümlich konservative, konservierende Art erhalten geblieben. Daß dies auch vom Westen aus, freilich zumeist unter einer falschen Perspektive, wahrgenommen wurde, zeigt die — als Schimpfwort gedachte — Bezeichnung der DDR als Staat der „roten Preußen“.

Aber hatte die DDR nicht auch selbst, durch ihre gesamte Politik, zu diesem Vergleich herausgefordert? Lassen wir einmal beiseite, ob nicht schon in dieser Gleichsetzung, diesem ja herabsetzend gemeinten Vergleich durch westliche Beobachter, ein beträchtliches Unverständnis von dem, was

Preußen und Preußentum war und ist, angelegt ist. Doch das tradierte Bild des Staates Preußen — ein künstlich geschaffenes Gebilde, arm aber effektiv und hochmilitarisiert, besser: nur durch sein Militär sich behauptend — enthält so viele Merkmale, die sich, jedenfalls prima vista, durchaus zur Übertragung auf den Staat DDR zu eignen scheinen.

Daß sich nun auch die Konturen des Bildes, das die SED-Historiographen von diesem Preußen im Verlauf der letzten 40 Jahre gezeichnet und als verbindlich unters Volk gebracht haben, in entscheidenden Punkten gewandelt hat, ja daß dieser Wandel Ausdruck eines gerade für die Honecker-Ära auszumachenden Umbruchs in der SED-Geschichtsschreibung ist, soll in der folgenden Skizze in Umrissen veranschaulicht werden. An anderer Stelle²⁾ sind etwas allgemeiner der Verlauf, die besonderen Merkmale und inhaltlichen Schwerpunkte sowie die politischen Schlußfolgerungen, die aus diesem Umbruch gezogen werden können, dargestellt worden.

II. Preußen und die historiographische Grundsatzdebatte in der DDR

Vor dieser Skizze der sich wandelnden Preußendiskussion in der DDR noch einige ergänzende Vorbemerkungen zur politischen Bedeutung des allgemeinen Wandels in der DDR-Geschichtsschreibung und eine notwendige Korrektur an einem früheren Befund.

Erinnern wir uns zunächst an einige bisher nicht bestrittene Ergebnisse unserer Beobachtung vom Wandel in der DDR-Geschichtsschreibung. Wer vom Wandel spricht, meint damit in erster Linie die sich — seit etwa 1949 — wandelnde Instrumentalisierung der DDR-Geschichtswissenschaft im Interesse der Herrschaftssicherung und -legitimierung der SED. Hier hat es nie Stillstand gegeben, weder in der parteioffiziellen Vorgabe der Forschungsfelder für die DDR-Historiographen, noch in den Formen der Auseinandersetzung mit historiographischen Einflüssen aus dem geographischen und politischen Umfeld. Die behaupteten Dogmatisierungen galten stets der allein gültigen Forschungsmethode, dem historischen Ma-

terialismus, den lange beibehaltenen Ausblendungen von Forschungsthemen und ganzer Zeitabschnitte der Welt- wie der deutschen Geschichte und den über längere Perioden unverändert fortgeschriebenen Interpretationsmustern für historische Prozesse und Personen.

Angeichts dieser Dogmatisierungen war es nur natürlich, daß die Elemente des Wandels in der DDR-Geschichtsschreibung von Westdeutschen zunächst nicht oder nur ungenügend wahrgenommen wurden; sie paßten weder in das beliebte Bild vom monolithisch-starren, marxistisch-leninistischen Ideologiegebäude, noch ist ihnen — von denen, die sie überhaupt bemerkt haben — eine grundsätzliche Bedeutung für die Historiographie und vor allem für das Herrschaftssystem der DDR zugebilligt worden. Die DDR-Historiker waren ihrerseits von vornherein bemüht, die neue Diskussion um Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein lediglich als Ergebnis einer graduellen, schöpferischen Weiterentwicklung der marxistischen Geschichtswissenschaft erscheinen zu lassen, dieser Entwicklung also alles Spektakuläre zu nehmen. Dies geschah auch

²⁾ J. Kuppe, Die Geschichtsschreibung der SED im Umbruch, in: Deutschland Archiv, (1985) 3, S. 279—294.

noch dann, als Ende der siebziger Jahre, Anfang der achtziger Jahre in der DDR relativ überraschend alte Denkmäler neu aufgestellt (Daniel Rauchs reitender Alter Fritz Unter den Linden in Berlin-Ost) und in den folgenden Jahren neue Bücher über alte Personen und Themen herausgebracht wurden, die z. T. als Lizenzausgaben auch im Westen erschienen³⁾.

Inzwischen ist bei führenden DDR-Historikern offenbar die Bereitschaft gewachsen, die deutlichen Wandlungstendenzen in der DDR-Geschichtswissenschaft nicht mehr mit Hinweisen auf quasi selbstverständliches Schöpfertum der eigenen Disziplin herunterzuspielen, sondern sie scheinen nunmehr bereit, der Bedeutung dieser Entwicklung angemessene Erklärungen und Rechtfertigungen zu liefern. Am weitesten ging dabei bisher Prof. Walter Schmidt, ehemals Direktor des Instituts für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED und seit Oktober 1984 Direktor des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR (der „Papst“ der DDR-Zeitgeschichte), in einem grundlegenden Aufsatz im Frühjahr 1985. Er periodisierte nun die Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft relativ ungeschminkt so: „Diente die erste Etappe (der DDR-Geschichtswissenschaft, J. K.) der rücksichtslos-schroffen und darum bisweilen auch über das Ziel hinausschießenden Abrechnung mit dem Reaktionären, war es in der zweiten Etappe das Hauptanliegen, das revolutionäre und progressive Erbe voll anzueignen und dadurch Sicherheit und Klarheit über die Herkunft zu gewinnen, so strebt das sozialistische Geschichtsdenken unserer Zeit danach, die Weite und Vielfalt, die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit, das Progressive und das Regressive, Nationales und Internationales im deutschen historischen Erbe nicht ‚sine ira et studio‘, aber doch mit einem tieferen Verständnis für das Ganzheitliche des historischen Prozesses, aus denen die sozialistische Gesellschaft der DDR

kommt, voll aufzuschließen und anzueignen... Die in den Anfängen der Übergangsperiode kaum vermeidbare Enge wird mit der erfolgreichen sozialistischen Umgestaltung der Existenzgrundlagen der Gesellschaft mehr und mehr aufgebrochen, bis die sich auf eigenen Grundlagen entwickelnde sozialistische Gesellschaft sich aller Seiten, Ebenen und Bereiche ihres ebenso reichen wie widerspruchsvollen Erbes annimmt.“⁴⁾

Diese Beschreibung läßt keinen Zweifel daran zu, daß sich in der DDR-Geschichtswissenschaft qualitativ Neues ereignet, auch wenn dieses Neue zunächst vielleicht nur programmatisch ins Visier genommen und noch nicht in der von Schmidt geforderten Breite in der Forschungspraxis durchgesetzt wurde bzw. durchgesetzt werden konnte. Auf unser Thema gewendet: Die veränderte Beschäftigung mit Preußen ist nichts Vorübergehendes, nicht nur Reaktion auf von außen wirkende Faktoren (z. B. Geschichts-, Identitäts- und Nation-Diskussion in der Bundesrepublik), sondern Ausdruck eines relativ tiefgreifenden Wandlungsprozesses im historischen Selbstverständnis der SED selbst, ohne deren initiierende und fördernde Haltung die DDR-Historiker diesen Weg nicht hätten einschlagen dürfen. Die noch vor etwa eineinhalb Jahren erfolgte Qualifizierung dieser Entwicklung als (nur) „gradueller Wandel“ im Geschichtsverständnis der DDR⁵⁾ wird ihrer politisch-ideologischen Gravität nicht mehr gerecht.

Zur Rechtfertigung dieser Aussage ist auf einen weiteren Tatbestand hinzuweisen: In der DDR ist gerade in den achtziger Jahren, parallel zu den erweiterten Diskussionen um Geschichte und Geschichtsverständnis, auch immer gemahnt worden, daß sich an der marxistisch-leninistischen Ausrichtung der DDR-Geschichtswissenschaft nichts ändern dürfe und werde, daß die „innere Geschlossenheit und Logik des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes“ unverzichtbar seien⁶⁾. Sofern aber hiermit auf die unveränderte bzw. sogar unveränderbare Gültigkeit der Kerndogmen des historischen Materialismus, z. B. den gesetzmäßigen Ablauf von Geschichte von niede-

³⁾ So z. B. I. Mittenzwei, Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie, Berlin (Ost) 1979; W. Beutin, Der radikale Doktor Martin Luther, Köln 1982; Preußen. Legende und Wirklichkeit, bearb. u. zusammengest. v. P. Bachmann u. I. Knoth, Berlin (Ost) 1983; K.-H. Börner, Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie, Berlin (Ost) 1984; K. Breitenborn, Im Dienste Bismarcks. Die politische Karriere des Grafen Otto zu Stollberg-Wernigerode, Berlin (Ost) 1984; E. Engelberg, Bismarck — Urpreuße und Reichsgründer, Berlin (Ost) 1985.

⁴⁾ W. Schmidt, Zur Entwicklung des Erbe- und Traditionsverständnisses in der Geschichtsschreibung der DDR; in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1985) 3, S. 195—212.

⁵⁾ S. Anm. 2, S. 290.

⁶⁾ Vgl. z. B. E. Diehl (Vorsitzender des Rates für Geschichtswissenschaft der DDR), Mehr als Geschichtsbeußtsein — Erkenntnisgewinn, in: spektrum, S. 11 ff.

ren zu höheren Gesellschaftsformationen, abgehoben wird, ist angesichts jüngerer Forschungen zur Marx-Engels-Rezeption in der DDR zumindest die Frage zu stellen, ob der für die Geschichtswissenschaft und insbesondere für die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte konstatierte Wandel nicht eine Parallele in neuen Diskussionen hat, wie sie im Bereich marxistisch-leninistischer Philosophie selbst, in erster Linie im historischen Materialismus, zu beobachten sind.

So ist erst jüngst auf Vorgänge in der Ideologie-Debatte der DDR hingewiesen worden, die von so grundlegender Bedeutung sind, daß davon die postulierte (alte) „Geschlossenheit und Logik“ des marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnisses m. E. im Kern getroffen werden könnte⁷⁾. Gemeint ist die inzwischen in der DDR auf vollen Touren laufende Periodisierungsdiskussion im Hinblick auf die gesamte Menschheitsgeschichte, in deren Verlauf die bisher dogmatisch gesetzte fünffache Stufenfolge: „Urkommunismus — Sklavenhaltergesellschaft — Feudalismus — Kapitalismus — Sozialismus“ faktisch schon von der Triade „Urkommunismus — Klassengesellschaft — Kommunismus“ abgelöst worden ist.

Die erheblichen ideologischen Konsequenzen dieser Revision einer zentralen Setzung des historischen Materialismus — sollte sie sich denn durchsetzen — können hier nicht analysiert werden. Gleichwohl stützt dieser Hinweis die Be-

hauptung vom qualitativen Wandel in der DDR-Geschichtswissenschaft. Auch deren Vertreter selbst sprechen inzwischen — mit deutlicher Akzentuierung des Beginns dieser Phase auf die 1970/71 einsetzende Honecker-Ära — von „einer qualitativen Weiterentwicklung des Geschichtsverständnisses“⁸⁾. Zu den zahlreichen Belegen für diese Feststellung wird ausdrücklich die Tatsache gerechnet, daß in der „Allgemeinen Geschichte der bisherige Rückstand beträchtlich wettgemacht“ wurde und daß es — offenbar erstmals in der DDR — „kontroverse Diskussionen“ u. a. über die „Prinzipien der historisch-materialistischen Periodisierung der deutschen Geschichte“ sowie über „revolutionäre Übergangsepochen zwischen den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen“ gegeben habe⁹⁾.

Gerade im Hinblick auf diesen qualitativen Wandel greift nun in der Tat eine Argumentation etwas zu kurz, die einfach von einer „Wiederentdeckung“ Preußens bzw. Friedrich II. oder Bismarcks in der DDR ausgeht. Erst vor kurzem hatte sich der SED-Generalsekretär Honecker selbst gegen den Begriff der „Wiederentdeckung“ gewandt¹⁰⁾. Mit noch mehr Recht tun dies indes einzelne DDR-Historiker, die sich in der Bewertung Preußens niemals ohne gewichtige Einschränkungen des groben Klischees vom militaristisch-expansionistischen Ausbeuterstaat und seiner dümmlich-blütsaugerischen Junkerkaste bedient hatten¹¹⁾.

III. Preußen und seine partielle Rehabilitation

Wenn wir also in der Art und Weise des Mitte der achtziger Jahre in der DDR praktizierten Umgangs mit Preußen und mit *den* Preußen keine Auffüllung eines Forschungsdesiderates und auch noch nicht die — von W. Schmidt geforderte — zeitliche, thematische und regionale

Ausweitung des historiographischen Forschungsfeldes sehen dürfen, eben weil Preußen immer ein wichtiges Thema in und für die DDR war, so handelt es sich doch um eine grundsätzliche Umwertung, um eine *indirekte* Wiederentdeckung Preußens, jedenfalls all jener Züge der preußischen Geschichte, die bisher tabu waren, weil sie nicht in das Verdammungsurteil über den angeblich alles überdeckenden preußischen Militarismus paßten.

⁷⁾ Vgl. H. Hüning, Historischer Materialismus und Menschheitsgeschichte, in: Sozialismus, (1986) 1, S. 35—36.

⁸⁾ W. Schmidt, Zur Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1985) 5, S. 614—633, hier S. 629. Besonders deutlich auch bei I. Mittenzwei / K.-H. Noack (Hrsg.), Preußen in der deutschen Geschichte vor 1789 (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft, Bd. 2), Berlin (Ost) 1983, S. 41.

⁹⁾ Ebenda, S. 632.

¹⁰⁾ In seinem Interview mit der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“. Abgedruckt auch in: Neues Deutschland vom 31. 1. 1986, S. 3—5.

¹¹⁾ Siehe hierzu z. B. J. Kuczynski, „Streichen Sie das Wort ‚wiederentdeckt‘“, in: Weltbühne, H. 7 v. 18. 2. 1986, S. 196—198.

Doch auch diese Umwertung ging nur schrittweise vor sich. Sie hat erst in den achtziger Jahren ein Tempo erreicht, das dann die Aufmerksamkeit einiger westlicher Beobachter, nicht zuletzt auch auf Grund der in der Bundesrepublik wieder auflebenden Preußendiskussion, gefunden hat. Die Qualität dieser Umwertung wird deutlich, wenn wir uns an die wichtigsten Stationen dieses bemerkenswerten Lernprozesses der Machthaber in der DDR erinnern.

Alexander Abusch, mit halbwissenschaftlicher Ausbildung ausgestatteter führender Kulturideologe der SED in der SBZ und den ersten Jahren nach Gründung der DDR, hatte mit einem Buch, einer Mischung aus Propagandabroschüre und Pamphlet, zweieinhalb Jahrzehnte die Richtung bestimmt, wie Preußen gesehen werden sollte¹²). Darin zog er — übrigens eine auch in westalliierten Kreisen damals vertretene Auffassung — eine direkte Linie vom „brutalen Militarismus“ Preußens, der schlicht mit dem „Preußengeist“ gleichgesetzt wurde, zum Faschismus und Nationalsozialismus. Preußen wäre seit seiner Gründung im 17. Jahrhundert — aus der Sicht der SED — an allen bösen Entwicklungen der neueren deutschen Geschichte schuld; Preußen mußte daher notwendigerweise nicht nur als Staat aufgelöst¹³), sondern auch möglichst alle Erinnerungen an ihn gelöscht werden.

In dieser Phase eines vermeintlich notwendigen Abrechnungsrigorismus wenige Monate nach Kriegsende war keine Stimme der Vernunft und der Abgewogenheit gefragt; die heute auch offiziell bedauerte Sprengung des schwer beschädigten Stadtschlusses der preußischen Könige im Zentrum Berlins war Ausdruck dieser Stimmung. Abusch, nicht einmal originell, konnte sich in seiner absoluten Kritik an Preußen nicht nur auf Karl Marx selbst, sondern u. a. auch auf den durchaus angesehenen Historiker der Arbeiterbewegung Franz Mehring stützen, die in Preußen nichts anderes als eine besonders abartige Spezies unter den deutschen Territorialstaaten zu sehen vermochten.

Er reduzierte jedoch in propagandistisch wirkungsvoller Weise das Preußenbild auf wenige Schlagworte, die, trotz einiger vorsichtiger Kor-

rekturen in den fünfziger und sechziger Jahren, die Preußendiskussion in der DDR prägten: Junkertum, Militarismus, Ost-Expansion, Ausbeutung der arbeitenden Klassen und Unterdrückung von Wissenschaft und Kultur.

Entgegen diesem pauschal-grobschlächtigen Feindbild wurden bereits in den fünfziger Jahren einzelne Persönlichkeiten der preußisch-deutschen Geschichte wie Clausewitz, Blücher, Scharnhorst, Gneisenau, Lützow und, sehr früh, die großen preußischen Reformer — die Freiherrn von Stein und Hardenberg — partiell rehabilitiert bzw. sogar in die Ahnengalerie der DDR aufgenommen. Daß diese Rehabilitierung zuerst den genannten preußischen Generälen und dem Führer der antinapoleonischen Freikorps Lützow zugute kam, mag als pikante Arabeske in der langen Geschichte der „Wiedergutmachung“ an Preußen durch die DDR-Geschichtsschreibung, mehr noch durch die Geschichtspromaganda im anderen deutschen Staat gelten.

Eine weitere partielle, doch stillschweigende Renaissance preußisch-deutscher Elemente war anläßlich der „Gründung“ der Nationalen Volksarmee der DDR im Jahre 1956 — genauer: anläßlich der Umbenennung und Umorganisation der bereits seit 1949/50 aufgestellten Verbände der kasernierten Volkspolizei (KVP) in eine reguläre Armee — zu beobachten. Dienstordnung (z. B. die Großordnung), Uniformfarbe („feldgrau“) und -schnitt, Rangabzeichen und Dienstgrade der deutschen Wehrmacht und damit preußisch-deutsches militärisches Erscheinungsbild feierten — nur elf Jahre nach dem Zusammenbruch — ohne weitere offizielle Erklärung fröhlich Urständ. Preußisches Exerzierreglement einschließlich des perfekt vollzogenen Fast-90-Grad-Stechschritts, Wachaufzug und -ablösung vor Schinkels restaurierter Neuer Wache (jetzt Mahnmahl für die Opfer des Faschismus) Unter den Linden, preußische Militärmärsche (Präsentiermarsch, Yorckscher Marsch), Großer Zapfenstreich (freilich mit neuer Musik) und schließlich (ab 1966) auch neue Orden mit dem Konterfei preußischer Generäle (Scharnhorst-Orden, bis heute höchster Militärorden der DDR) waren somit, fast über Nacht, wieder da. Es war ein perfekt inszenierter, zugleich fast unverbrämter Rückgriff und Rückschritt in einen Teil der deutschen Geschichte, dem bis dahin mit totaler Ablehnung begegnet worden war und dessen politisch-gesellschaftliche Repräsentanten mehrheitlich noch immer

¹²) A. Abusch, Der Irrweg einer Nation, Berlin (Ost) 1946.

¹³) Durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46, damit verbindlich auch für die Westzonen, wurde Preußen im April 1947 völkerrechtlich aufgelöst.

dem Verdikt der Volksfeindlichkeit und des Militarismus unterlagen.

Wie auch in anderen gesellschaftspolitischen und ideologischen Bereichen brachte der Sturz Ulbrichts und seine Ablösung durch Erich Honecker auch für die Geschichtswissenschaft der DDR eine neue Situation, die — bei Aufrechterhaltung und teilweiser Stärkung der „nationalen“, nun aber über die Geschichte und die unmittelbare Vorgeschichte der DDR hinausgreifenden Thematik — als intensiviertere Einbindung der „fortschrittlichen und humanistischen Traditionen der deutschen Geschichte“ in die allgemeine Weltgeschichte und, seit 1917, in die des sozialistischen Weltsystems beschrieben worden ist¹⁴). Mit dieser geforderten Integration des eigenen Geschichtsverständnisses (und damit der partiellen Auflösung seiner DDR-Zentrierung) war offenbar der Weg zu einer unbefangeneren Betrachtung bisher tabuisierter oder für die SED problematischer Geschichtsfelder abgesichert worden.

Am Fortgang der nun offener zutage tretenden Teil-Rehabilitierung Preußens läßt sich das ablesen: Bereits 1970 war in der DDR ein Buch erschienen, das dem bis dahin geltenden Schwarz-Weiß-Bild Preußens immerhin einige Grautöne hinzufügte¹⁵). Zwar blieb für die Autoren der preußische „Militärdespotismus“ noch das entscheidende „Charakteristikum“, doch gab es auch erste Versuche, das Wirken „zeitweilig progressiver gesellschaftlicher Kräfte“ in Preußen zu erklären, wobei allerdings die Dynastie der Hohenzollern ausdrücklich davon ausgenommen blieb¹⁶) — mit Ausnahme der Person Friedrich II., dem einige, wenn auch aus Eigennutz erbrachte, fortschrittliche soziale Leistungen zugerechnet wurden. An dieser Linie hielt auch der 1974 von der Akademie der Wissenschaften der DDR herausgebrachte „Grundriß“ der deutschen Geschichte fest¹⁷). Preußen bleibt also noch ins-

¹⁴) Vgl. Anm. 2, S. 283.

¹⁵) G. Vogler/K. Vetter, Preußen — Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, Berlin (Ost) 1970.

¹⁶) Daran änderte sich im wesentlichen bis heute nichts. Die 1976 erschienene Arbeit von H. Kathe, Der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. (1688—1740) König in Preußen. Eine Biographie, übte am Vater Friedrichs II. ausschließlich Kritik.

¹⁷) Klassenkampf, Tradition, Sozialismus — Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik — Grundriß, hrsgg. von einem Autorenkollektiv u. Ltg. v. E. Diehl, Berlin (Ost) 1974.

gesamt Bestandteil des als überwiegend negativ eingestuften Traditionshaushaltes der deutschen Geschichte, nur Friedrich der Große wird davon schon teilweise ausgenommen. Friedrichs Baupolitik (drastische Einschränkung der Frondienste) und seine Rolle als Förderer der Wissenschaften waren schon von Vogler und Vetter gewürdigt, im „Grundriß“ dann auch seine Aufgeschlossenheit gegenüber „fortschrittlicher bürgerlicher Ideologie“ anerkannt worden.

Honeckers Befund vor dem ZK der SED im Jahre 1975, daß „die DDR in der Tat das Werk vieler Generationen“ sei und sein bei dieser Gelegenheit abgelegtes Bekenntnis zu den „fortschrittlichen Entwicklungslinien“ der deutschen Geschichte mögen dann in gewisser Weise den Weg für eine nun detailliertere Beschäftigung der DDR-Historiographie mit Preußen und seiner Geschichte geebnet haben. Auch wenn der SED-Generalsekretär erst 1980 (in seinem ersten Interview für den englischen Verleger R. Maxwell) die „Geschichte Preußens“ ausdrücklich zum (historischen) „Erbe“ der DDR zählte¹⁸), so hatte der Umwertungsprozeß doch schon seit Mitte der siebziger Jahre, nicht zuletzt im Hinblick auf den neuen Bedarf an Argumentationshilfen in der Nation-Diskussion¹⁹), eine neue Qualität erhalten. Im Herbst 1978 hat dann die damalige Abteilungsleiterin an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Ingrid Mittenzwei, in einem nun schon spannenden Aufsatz in der FDJ-Zeitung „Forum“²⁰) die aus marxistischer Sicht bis dahin (und bis heute) nicht beantwortete Frage beleuchtet, wie es möglich war, daß sich bereits im absolutistischen Preußen (also vor 1807) Voraussetzungen für spätere, auf die Bedürfnisse des entstehenden Bürgertums zugeschnittene Reformen herausbilden konnten. In ihren Antworten, denen hier nicht im einzelnen nachgegangen werden kann, darf wohl noch nicht „ein neuer wissenschaftlicher Ansatz“ gesehen werden²¹), denn noch bleibt I. Mittenzwei in weiten Teilen ihres Beitrages traditionellen Fragestellungen und Klischees verhaftet („was Marx, Engels und Mehring über die preußische Geschichte schreiben, hat Bestand“). Doch mit einem einzigen Satz

¹⁸) E. Honecker, Aus meinem Leben, Berlin (Ost) 1982, S. 614.

¹⁹) Vgl. Anm. 2, passim, insb. S. 291 f.

²⁰) I. Mittenzwei, Die zwei Gesichter Preußens, in: Forum (1978) 19, S. 8 f.

²¹) So E. Förtsch, Revision des Preußenbildes? — Ein neuer wissenschaftlicher Ansatz in der DDR, in: Deutschland Archiv, (1979) 2, S. 168—173.

ging sie weit über bisher in der DDR Gewohntes hinaus: „Die Geschichte eines Staates ... läßt sich nicht mit der Entwicklung der herrschenden Klasse identifizieren. Und selbst die ... war nicht

zu allen Zeiten reaktionär.“ Damit wurde die Phase der holzschnittartigen Vereinfachungen im Stile des unsäglichen Alexander Abusch endgültig abgeschlossen.

IV. Preußen – zur Hälfte Bestandteil DDR-deutscher Tradition

Um die neue geschichtswissenschaftliche Diskussion über ein adäquates Preußenbild mit den notwendigen ideologischen Absicherungen zu versehen, aber auch, um Grenzen gegen eine möglicherweise zu rasche und zu gründliche Revision früherer „Erkenntnisse“ zu ziehen, ist dann auch parteioffiziell²²⁾, aber immerhin von den Historikern selbst, die sogenannte „Dialektik der zwei Klassen-Linien“ als marxistisch legitimes Interpretationsschema auch für die Geschichte Preußens für anwendungsfähig (und -nötig) ausgegeben worden. Damit war nicht nur die ideologisch erforderliche Abgrenzung gegen die aufbrandende Preußen-Diskussion in der Bundesrepublik vollzogen worden, sondern zugleich die aus Sicht der SED-Führung erwünschte weitergehende Beschäftigung mit den positiven preußischen Traditionslinien und ihre Aufnahme in den pflegewürdigen Erbbestand der DDR eingeleitet worden.

Die schon erwähnte, vielfach Aufsehen erregende Biographie I. Mittenzwei über Friedrich II.²³⁾ war, so gesehen, eine beinahe zwangsläufige Folge der vorangegangenen ideologischen und historiographischen Flurbereinigung. Nun konnte Friedrichs „religiöse Toleranz“ gewürdigt²⁴⁾, seine Rolle bei der Herausbildung des preußischen Rechtsstaates (Abschaffung der Folter) positiv gewertet, ja sogar — bei uneingeschränkter und andauernder Kritik an den friderizianischen Kriegen — der König als „begabter“ Feldherr geschildert werden²⁵⁾.

Die Konsequenzen für die DDR-Geschichtsschreibung im engeren Sinne können hier nicht

erörtert werden, zumal eine vorläufig abschließende Bewertung durch die westdeutsche Historiographie noch aussteht²⁶⁾. Hier kam es lediglich darauf an, den Wandel im DDR-Geschichtsverständnis über einen folgenreichen Abschnitt der gemeinsamen deutschen Geschichte exemplarisch zu erläutern. Überspitzt formuliert läßt sich sagen: Mit der Revision des Preußenbildes, mit der partiellen Aufnahme Preußens und eines Teiles seiner führenden Köpfe in den Traditionsbestand der DDR hat die DDR-Geschichtswissenschaft ein für alle Mal ihre orthodoxe Unschuld verloren. Preußen wurde in die deutsche Geschichte „heimgeholt“, in die Vorgeschichte der DDR aufgenommen und damit — jedenfalls seine positiv deklarierte Hälfte — als Legitimationsvehikel des SED-Herrschaftssystems unter herrschaftspragmatischen Aspekten in die ideologische Verfügung des Machtapparates eingestellt.

Es dürfte nunmehr interessant sein, zu beobachten, welche weiteren Prozesse mit dieser Entwicklung eingeleitet werden. Bleibt Preußen marxistisch-historiographisch handhabbar, mit anderen Worten und allgemeiner: Kann es in der Geschichtswissenschaft der DDR, wenn derartige Umwertungen Schule machen, zu Verselbständigungstendenzen, gewissermaßen unter der Hand zu Loslösungserscheinungen einiger Forschungsfelder von dem noch immer engen Korsett der strengen Vorgaben des historischen Materialismus kommen? Werden sich nicht diese Vorgaben selbst wandeln (müssen)? „Einbrüche“ z. B. in der einst nicht in Frage gestellten fünfstufigen Formationslehre wurden schon erwähnt.

Wer vor etwa 20 Jahren für die DDR prophezeit hätte, daß ausgerechnet die vertiefte Auseinandersetzung mit Preußen dazu führen soll (und kann?), in der DDR ein Geschichtsverständnis

²²⁾ H. Bartel/I. Mittenzwei/W. Schmidt, Preußen und die deutsche Geschichte, in: Einheit, (1979) 6, S. 637—646.

²³⁾ Vgl. Anm. 3.

²⁴⁾ I. Mittenzwei (Anm. 3), S. 76.

²⁵⁾ Eine ausführlichere Bewertung der Vorarbeiten I. Mittenzwei für die Friedrich-Biographie gibt F. Kopp, Revolutionäre Ansätze vor 1806. Zu Mittenzwei Schrift: „Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg ...“, in: deutsche studien, Nr. 75 (Sept. 1981), S. 320—328.

²⁶⁾ Einige bemerkenswerte Denkanstöße gibt hier wieder F. Kopp, Das vertiefte Preußenbild der SED, in: Beiträge zur Konfliktforschung, (1981) 2, S. 85—111.

zu erzeugen, daß „Herzen und Hirne“ (Hager) der Menschen erreicht und ein neues, auf die DDR als sozialistisches Vaterland gerichtetes Geschichtsbewußtsein hervorbringen soll, das mehr als bisher Identifikationsmöglichkeiten schafft, der wäre wohl nicht ernst genommen worden. Heute jedoch werden in der DDR preußisch-

sozialistische Traditionsketten geknüpft, mit denen die SED die von ihr ersonnene selbstständige deutsche Nation in der DDR zu stabilisieren hofft. In diesem Zusammenhang stellen sich mehrere eher politische Fragen, denen abschließend einige Überlegungen gewidmet werden sollen.

V. Preußen und die Nation-Diskussion

Auf den ersten Blick scheint die Aussage richtig, daß Preußen — d. h. seine Wesenheit als Staat, seine Lebensverhältnisse, seine tragenden politischen Kräfte sowie einzelne seiner sozio-kulturellen, sozialen und politischen Strukturen, seine Traditionen und seine Dynastie — in dem Maße erst stillschweigend, dann öffentlich, also mit den Mitteln der politischen und der Geschichtspropaganda, partiell rehabilitiert wurde, wie die SED dafür Bedarf im Rahmen ihrer Nation-Diskussion entwickelte.

Noch nie in der Menschheitsgeschichte war ja ein ähnlich gigantisch-groteskes Unterfangen begonnen worden, wie es die SED mit ihren Rechtfertigungs-Anstrengungen im Hinblick auf die Spaltung Deutschlands unternommen hatte: Innerhalb von nur drei Jahrzehnten mußten die Angehörigen einer Nation, die sich auch so empfanden und in ihrer Mehrheit kein Sensorium für jenen feinen Unterschied zwischen Staats- und Kulturnation entwickelt hatten, auseinander-„argumentiert“ werden, nur weil sie erzwungenermaßen in zwei verschiedenen Staaten mit entgegengesetzten Herrschaftsordnungen leben mußten. Auf die unvermeidlichen Widersprüche dieser von marxistisch-leninistischen Ideologen gesteuerten und von der politischen Führung forcierten „Argumentation“, auf ihre Unglaubwürdigkeiten und fehlende Überzeugungskraft bei den betroffenen Mitgliedern der Nation ist mehrfach hingewiesen worden²⁷⁾. In der richtigen Er-

kenntnis ihrer Erfolglosigkeit hat sich denn auch die SED zeitweilig — im Grunde bis in die Gegenwart hinein — aus diesem Argumentationsfeldzug zurückgezogen und die Diskussion seit Ende der siebziger Jahre zurückgefahren. Sie begnügt sich gegenwärtig mit der schlichten Behauptung, daß sich eben in der DDR die sozialistische deutsche Nation „entwickelt“ (manchmal: „und festigt“), in der Bundesrepublik aber die kapitalistische deutsche Nation „fortbesteht“²⁸⁾.

Angesichts dieser argumentativen Hilflosigkeit in der nationalen Frage mußte es der SED und ihren Historikern verlockend erscheinen, mit der partiellen Anerkennung Preußens Einfluß auf das aus ihrer Sicht unzureichend entwickelte Geschichtsbewußtsein der Bevölkerung zu nehmen. Dahinter steckt zwar die bis heute unbewiesene Annahme, daß ein „richtiges“ Geschichtsbewußtsein auch zu „richtigem“ Nationalbewußtsein verhelfen könne (dagegen steht nämlich die reale Beobachtung, daß sich in Bevölkerungsschichten ohne differenziertes Geschichtsbewußtsein durchaus ein — gelegentlich sogar explosives — Nationalbewußtsein entwickeln und dann auch in Nationalismus umschlagen kann), jedoch hat die SED seit ihrer Gründung stets versucht, durch Transformation des tradierten Geschichtsvverständnisses — auf dem Wege der Indoktrination — das Verständnis für den von ihr propa-

²⁷⁾ Hier wird, bis zum Beweis des Gegenteils durch freie Meinungsäußerung aller Betroffenen, von der Fortexistenz eines „Ur“-Gefühls für nationale Zusammengehörigkeit in der Bundesrepublik und der DDR ausgegangen, wovon differenziertere Fragen, z. B. nach der schwindenden, doppelten oder auch „fragmentierten“ Identität der Deutschen, nach Identitätssuche und -verlust nicht berührt werden. Zu diesem Thema vgl. die interessanten Beiträge in: W. Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 200, Bonn 1983.

²⁸⁾ Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1983 4, S. 632ff. Hier sei nur auf eine sprachlogische Ungeheimtheit aufmerksam gemacht: Während sich die „gute“ deutsche Nation in der DDR ständig „entwickelt“, aber offenbar noch nicht „entwickelt hat“, „besteht“ die „schlechte“ deutsche Nation in der Bundesrepublik anscheinend ohne Entwicklungschancen „fort“. Nationale Entwicklung drüben — nationaler Stillstand hier —, dies widerspricht zumindest der Erkenntnis Honeckers, daß der Sozialismus „auch um die Bundesrepublik keinen Bogen machen werde“ (1981). Die Bundesrepublik bliebe ja in dieser Sicht von jedem Evolutions- bzw. Revolutionsfortschritt ausgenommen. „Im Weltmaßstab“ kann so der Sozialismus jedenfalls nie siegen.

allein richtigen Weg der DDR zu fördern, diesen Weg als historisch zwangsläufig zu beschreiben und damit Zustimmung zu erzeugen.

Mit dem kontrollierten „Rückgriff“ auf Preußen (der dem neuen Zugriff auf die „ganze“ deutsche Geschichte entspricht), damit der Erweiterung der nun zeitlich ausgeweiteten Vorgeschichte der DDR um wichtige rund 200 Jahre Geschichte in den deutschen Kernlanden, war offenbar die Hoffnung verbunden, durch Vermehrung der zugelassenen historischen Bestände (Menschen, Prozesse, Ereignisse als Bausteine für das erwünschte, aber noch fehlende sozialistische Geschichtsverständnis) die Manövriermasse für die Beeinflussung des Geschichtsbewußtseins der Bevölkerung weiter zu vergrößern.

Definiert man Geschichtsbewußtsein als Bereitschaft und Fähigkeit, sich im Strom der eigenen Geschichte wiederzuerkennen, sich mit ihrer Richtung und Strömungsgeschwindigkeit zu identifizieren, könnte wohl die Wiederaufnahme Preußens und seines komplexen Vermächtnisses in den historischen Ereigniskanon — so mag die Annahme der SED-Historiker gewesen sein — diese Bereitschaft und Fähigkeit stimulieren. Auf der Schiene „verbesserte Identifikationsmöglichkeiten — Zustimmung/Legitimation — Natio-

nalbewußtsein“ würde dann letztlich auch der „sozialistische deutsche Nationalstaat DDR“ und seine herrschende Partei von diesem Wirkungsmechanismus profitieren. Nur ein Kalkül? Hier bleibt vor allem die entscheidende Frage, ob ein — jedenfalls bis heute — von der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR skelettiertes Preußen(tum) diesen gewünschten Legitimationseffekt auszulösen in der Lage sein kann.

Vermag überhaupt ein nach der Devise „ganz Preußen ist unser Erbe — aber nur das progressive Preußen gehört zu unserer Tradition“ künstlich halbiertes Aggregat wie dieses DDR-Preußen eine bewußtseinsbildende Attraktivität zu entfalten? Hat sich die DDR also mit ihrer Preußen-Wiedererweckung überhoben? Dürfte es bestenfalls für einen neupreußischen, DDR-angepaßten „Staatspatriotismus“²⁹⁾ reichen, *national* bewußtseinsbildende Gewinne aber dabei für die SED nicht abfallen? Preußen, das nie für eine Nation stand, war gleichwohl Initiator und Vollender der deutschen Einigung im 19. Jahrhundert. Wenn nun die SED-Führung versucht, über ein verändertes Preußenbild das preußische Erbe ausgerechnet zum Vehikel ihrer Abgrenzungs- und Teilungspolitik zu machen, so ist dies eine Verlegenheitsstrategie, die keinen dauernden Erfolg verspricht.

VI. Preußen im Wechselspiel zwischen Bevölkerung und Herrschaftssystem

Etwas vorsichtiger wird man bei der Einschätzung der *kurzfristigen* Ergebnisse dieser Entwicklung sein müssen. Es geht dabei darum, wie zahllose Begleiterscheinungen dieser Preußen-Renaissance bei der Bevölkerung „ankommen“. Nicht übersehen werden darf, daß die von der SED lancierte, neue, halbwegs ideologisch abgesicherte Einstellung zu Preußen zugleich eine Kursänderung in der Ideologienpolitik der SED

war, die auf keine grundsätzlichen Barrieren in der Bevölkerung stieß. Als sich 1979 erstmals die sozialistische Akademie der Wissenschaften der DDR auch öffentlich als Nachfolgeinstitution der ehemaligen „Preußischen Akademie der Wissenschaften“ zu Berlin vorstellte, hat dies ihrem Ansehen eher genützt. Inzwischen geht z. B. auch die weithin begrüßte Rehabilitierung der Offiziere des fehlgeschlagenen Attentats auf Hitler, der Stauffenberg-Gruppe, weiter. Diese waren bereits 1984 als „Patrioten“, „Antifaschisten“ und „Humanisten“, bezeichnet, ihr Opfergang als „mutige Tat“ gewürdigt worden³⁰⁾. Die Männer des 20. Juli, in ihrer Mehrheit zweifellos überzeugte „Preußen“, zumeist auch ihrer Herkunft

²⁹⁾ Vgl. Anm. 25, S. 108. Kopp hat hier zu Recht auf viele Ungereimtheiten z. B. bei den Clausewitz-Feiern 1980 in der DDR hingewiesen, wo — je nach Bedarf — vom „preußischen Volk“, das es nie gab, und „deutschem Volk“ in Preußen und Deutschland gesprochen worden war. Über die Ausweitung und Versachlichung der Militärgeschichtsschreibung in der DDR vgl. den anregenden Aufsatz von W. Rehm, Militärgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Militärgeschichte in Deutschland und Österreich vom 18. Jahrhundert bis in den Gegenwart, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 6, Herford-Bonn, 1985, S. 162—182.

³⁰⁾ So ähnlich heißt es jetzt auch im Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte, Berlin (Ost) 1985. Dieses Wörterbuch stellt in zahlreichen Passagen fast schon eine Hommage an Preußen und sogar an einzelne seiner Militärs dar.

nach, sind damit endgültig in den Traditionsbestand auch der DDR eingeordnet worden, während z. B. sowjetische und polnische Kommentare zum 20. Juli 1944 auch heute noch von anti-sowjetisch orientierten Umstürzern sprechen.

Anfang dieses Jahres gab es nun ein weiteres „Opfer“: Henning von Tresckow, enger Vertrauter des Grafen Stauffenberg, immerhin 1941, beim Überfall auf die Sowjetunion, Generalmajor und Generalstabschef der Heeresgruppe Mitte, ehemals Mitglied des berühmten Potsdamer Infanterieregiments 9, Erfinder des Attentatsplanes, wurde ob seiner antifaschistischen Haltung erstmals offizielle Anerkennung als „Patriotischer Offizier an Stauffenbergs Seite“³¹⁾ zuteil. Auch die stilgerechte, aufwendige Restauration bzw. der Wiederaufbau berühmter Denkmäler und früherer Repräsentationsbauten, die architektonische Hinterlassenschaft zumeist königlich-preußischer oder königlich-sächsischer Baumeister, geht in der DDR mit anerkennenswertem Tempo weiter. Gerade mit diesen Formen der Traditionspflege spricht die SED — zumindest in der älteren Generation — Gefühle an, die dem Bedürfnis nach einem Sich-Wiedererkennen in vertrauter, teils noch erlebter Geschichte entsprechen. Diese (Neben-) Folgen historiographischer Wandlungsprozesse scheinen vorab der Strategie der SED Erfolge zu bringen, die sie auf direkterem Wege, über die Formung eines neuen Geschichtsbewußtseins, nicht erzielen kann.

Letztlich wäre zu fragen, ob die SED-Geschichtsschreibung, in dem sie gerade am Beispiel Preußens ihren Willen zur umfassenden Ausweitung des Forschungsfeldes demonstriert, nicht insofern eine gute Wahl getroffen hat, als sich viel „Preußisches“ gerade in das Herrschafts- und Gesellschaftssystem vom Typus DDR relativ leicht integrieren läßt.

Wer in der DDR eine gelegentlich merkwürdig konservativ anmutende, typisch deutsche „law-and-order“-Gesellschaft erkennen zu können

³¹⁾ National-Zeitung vom 8. 1. 1986.

glaubt, wer ihre autoritär-polizeistaatlichen Machtstrukturen mit ihrer Überbetonung des Militärischen nicht *nur* als Ausdruck einer systemspezifischen Machtsicherungspolitik begreift, wer die im Vergleich zu den osteuropäischen Staaten sozialistisch-kommunistischer Prägung hohe Arbeitsmoral und -disziplin der Menschen auch als Ausdruck bewahrter „preußischer“ Tugenden sieht, wer je erlebt hat, wie schwierig es ist, der heute in der DDR lebenden Generation etwa die Demonstrationsbereitschaft und die Demonstrationsrechte westdeutscher Studenten zu erklären, wer gegenüber Freunden in der DDR etwa die gelegentlich überbordenden Gepflogenheiten parlamentarischer Debatten in der Bundesrepublik als Ausdruck eines neuen Verständnisses von Staat, Macht und Ordnung zu rechtfertigen gesucht hat, der kann verstehen, warum die SED mit ihrer Revitalisierung Preußens (und das nicht nur in der Geschichtsschreibung, selbst wenn es sich nur um das halbe Preußen handelt) kein allzu großes Risiko eingegangen ist. In manchem „paßt“ halt Preußen zur DDR, unabhängig davon, was die SED mit ihrer reformierten Geschichtsschreibung zu erreichen trachtet.

Am Beispiel Preußens sollte auch gezeigt werden, daß dieser von der SED initiierte Wandel, unter herrschaftspragmatischen Aspekten begonnen, mehr als eine vorübergehende Erscheinung ist, auch wenn seine Folgen teilweise falsch kalkuliert und teilweise unkalkulierbar sein dürften. Ob beispielsweise Preußens marxistisch gereinigte Wiederauferstehung dem Ziel der weiteren Annäherung der sozialistischen Brudervölker im östlichen Bündnisystem dient, kann mit einigem Recht bezweifelt werden.

Kontinuität und Wandel der DDR-Geschichtsschreibung: ein ausgewogenes Verhältnis zwischen diesen Polen haben die DDR-Historiker noch nicht gefunden. Zu begrüßen wäre ein *kontinuierlicher* Wandel. Gefahren birgt Kontinuität ohne ausreichenden oder nur halbherzigen Wandel. Halbwegs gesicherte Prognosen über den künftigen Weg der DDR-Geschichtsschreibung sind noch nicht möglich.

Posthume Zeitgenossenschaft – Anmerkungen zur Rezeption Friedrichs II. von Preußen

Die Schätzung keiner anderen historisch bedeutsamen Gestalt der Neuzeit ist so vom Wechselspiel der politischen Konjunkturen abhängig gewesen wie die Friedrichs II. von Preußen. Die Beurteilung, die ihm zu unterschiedlichen Zeiten zuteil wurde, war auch stets eine Art Lackmusprobe auf die politische Gesinnung des Urteilenden. Und fast will es scheinen, als spotte dieser preußische König der historischen Beschränkung seiner physischen Existenz — als sei er auch der Nachwelt noch als Zeitgenosse gegenwärtig, die sich seiner jeweils bemächtigte, um ihn für die eine oder andere Sache oder Partei in Anspruch zu nehmen oder als Vorbild zu reklamieren.

Eine umfassende Analyse der Rezeptionsgeschichte Friedrichs II., die — sieht man von einigen Dissertationen und Aufsätzen einmal ab¹⁾ — bis heute noch aussteht, stellt deshalb im Grunde nichts anderes dar als die Dokumentation jener Pathogenese, mit der sich das politische Bewußtsein während der letzten 200 Jahre in Deutschland entfaltete. Insofern kann es nicht überraschen, daß auch jetzt wieder kein Mangel an Bestrebungen herrscht, die eine „Aktualität“ Preußens, wenn nicht geradezu die Vorbildlichkeit des friderizianischen, des vermeintlich „eigentlichen“ Preußens, suggerieren wollen. Nur vordergründig wird mit diesen Bestrebungen jedoch die Absicht verfolgt, namens der sogenannten historischen Gerechtigkeit die schweren Beschädigungen, die insbesondere der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg dem Mythos Preußen und des-

sen gewiß bedeutendster Herrschergestalt zufügte, pietätvoll zu restaurieren, um so den Zeitgenossen wieder das beruhigende Gefühl des Behagens in einem geschichtlichen Herkommen zu verschaffen, dessen sie sich nicht zu schämen brauchen, sondern auf das sie vielmehr stolz sein können. Tatsächlich ist es den Protagonisten dieser Preußen-Renaissance vor allem darum zu tun, einen gewissermaßen „post-modern“ verblendeten Wertkonservatismus zu konstruieren, dem ein ideales Preußentum als ein gelebtes Vorbild für jene Sekundärtugenden dient, die vorgeblich dessen *raison d'être* ausmachten. Mit anderen Worten: In der Beschäftigung mit Preußen im allgemeinen, die seit 1945 recht eigentlich nur noch eine antiquarische Liebhaberei ist, wie bei dem Kult einer politisch-historischen Hagiographie im besonderen, der, wenngleich heute wesentlich zurückhaltender, mit Friedrich II. getrieben wird, herrscht nicht unbedingt die höhere Weisheit besserer Einsicht vor; wie eh und je sind Preußen und Friedrich II. vor allem deshalb immer noch als ein Thema fach- wie populärhistorischer Auseinandersetzung interessant, weil die politische Virulenz, die ihnen einmal eignete, unbeschadet aller unterdessen eingetretenen Zusammenbrüche nicht restlos verzehrt worden zu sein scheint. Allein das Phänomen jedoch, daß die rezeptionsgeschichtliche Bedeutung Friedrichs II. in dem Maße wuchs, wie der historische Abstand zu seiner Person größer wurde, ist heute angesichts völlig veränderter äußerer Umstände verschwunden.

I. Urteile der Zeitgenossen

Als Friedrich II. am 17. August 1786 starb, nachdem er in einer verhältnismäßig langen Regierungszeit (seit 1740) das von seinen Vorgängern

übernommene bescheidene Erbe mit viel Glück, List, Geschick und einer bis dahin beispiellosen Rücksichtslosigkeit gegen sich und jedermann ge-

¹⁾ Zu nennen wären vor allem: Karl Erich Born, *Der Wandel des Friedrich-Bildes in Deutschland während des 19. Jahrhunderts*, Köln 1953; Helga Karrer, *Die Gestalt Friedrich des Großen in der Deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts*, Fribourg 1973; Walter Busmann, *Friedrich der Große im Wandel des europäischen Urteils*, in: Werner Conze (Hrsg.), *Deutschland und Europa. Festschrift für Hans Rothfels* Köln, 1951; Ste-

phan Skalweit, *Das Problem von Recht und Macht und das historiographische Bild Friedrich des Großen*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 2 (1951), S. 91—106; seit langem angekündigt, aber bislang noch nicht erschienen: Henning Herzeleide, *Bibliographie zur Geschichte der preußischen Könige*, Bd. 1: *Bibliographie zur Geschichte Friedrich des Großen*.

mehrt und dem brandenburgisch-preußischen Königreich den höchst prekären Rang einer europäischen Großmacht verschafft hatte, wußte der damals in geheimer Mission in Berlin weilende französische Gesandte Graf Mirabeau zu berichten: „Jedermann ist bedrückt, niemand trauert. Jedes Gesicht zeigt Erleichterung und Hoffnung, nicht ein Bedauern, nicht ein Seufzer, nicht ein Wort des Lobes. Das also ist das Ergebnis aller seiner Siege und seines Ruhms, einer Regierung von beinahe der Dauer eines halben Jahrhunderts, erfüllt mit großen Ereignissen. Jedermann ersehnte sich ihr Ende und begrüßte es, als es da war.“²⁾

Mirabeaus ausgeprägtes Talent für boshafte Spötereien und Medisancen ist hinlänglich bekannt; dennoch kann man diesmal seinem Zeugnis durchaus Glauben schenken: In ihrer übergroßen Mehrheit waren die Zeitgenossen des sprödespotischen Regiments des „Alten Fritz“, das die beschränkten Möglichkeiten des „aufgeklärten Absolutismus“ mit unerbittlicher Konsequenz bis zum Letzten ausgereizt hatte, von Herzen überdrüssig. Otto Hintze, der Hof-Historiker der letzten regierenden Hohenzollern, hat eine höchst anschauliche Schilderung des „patriarchalisch-staatssozialistischen Charakters des friderizianischen Polizeistaats“³⁾ gegeben: „... das ganze soziale System der Regierung Friedrichs des Großen ... besteht in einer eigenartigen Verteilung der Staatslasten auf die verschiedenen Stände, und dieser politischen Belastung entspricht eine ganz bestimmte wirtschaftlich-soziale Fürsorge. Der Adel liefert die Offiziere und die Spitzen des Beamtentums, bei denen es besonders auf das persönliche Auftreten ankommt; dafür wird er im ausschließlichen Besitz der Rittergüter erhalten und geschützt; dem bürgerlichen Kapital wird das Eindringen in den ritterschaftlichen Gutsbesitz verwehrt, es soll sich in Handel und Gewerbe betätigen, deren Betrieb dem Adel versagt ist. Der Bürgerstand in den Städten trägt in der Akzise den größten Teil der staatlichen Steuerlast; darum werden ihm die bürgerlichen Nahrungen ausschließlich vorbehalten: Handwerk und Handel, auch Bierbrauerei bleiben in der Hauptsache auf den städtischen Mauerring beschränkt. Der Bauernstand zahlt die Kontribution und stellt die Kantonisten für das Heer; darum soll er in unverminderter Stärke erhalten werden, und es wird aufs strengste darauf gesehen, daß keine bäuerliche Nahrung in andere Hände gelangt, vor allem nicht zum adligen Gutsbesitz eingezogen wird. Der Druck der Lasten ist bei diesem System der politischen Arbeitsteilung nach der ständischen

²⁾ Zit. bei George P. Gooch, *Friedrich der Große*, 1951, S. 121.

³⁾ Otto Hintze, *Die Hohenzollern und ihr Werk*, Berlin 1916⁹, S. 396.

Gliederung nicht ganz gleich verteilt; die einen zahlen mehr mit dem, was sie leisten, die anderen mehr mit dem, was sie sind.“⁴⁾

Diese friderizianische Sozialordnung, unter deren mannigfachen Lasten die preußischen Untertanen ächzten, denen so gut wie jede bürgerliche Eigeninitiative, die wirtschaftliche und politische Selbstentfaltung schon im Ansatz verkümmert wurde, ist in ihrer an indische Kastenverhältnisse gemahnenden, strikt undurchlässigen Einteilung der Stände nur dann zu begreifen, wenn man sie vom Blickwinkel militärischer Notwendigkeit aus betrachtet — eine Anschauung, die außer dem auf die Chimäre chevaleresken Ruhms fixierten König und einiger weniger adeliger Nutznießer dieser Zustände von keinem der Zeitgenossen wirklich geteilt worden ist. Wenig Wunder nimmt es deshalb, daß der Gestalt Friedrichs II. zwar Respekt gezollt, aber keineswegs jene Bewunderung entgegengebracht wurde, die seine spätere Apotheose hätte vorbereiten können. Ganz das Gegenteil war vielmehr der Fall.

Als der Archäologe Johann Joachim Winckelmann beispielsweise der Frohn einer märkischen Schulstube glücklich nach Dresden entronnen war, schrieb er: „Ich gedenke mit Schaudern an dieses Land; auf ihm drückt der größte Despotismus, der je gedacht ist. Besser ein beschnittener Türke werden als ein Preuße. In einem Lande wie Sparta (eine sehr ideale Bezeichnung des Regiments des Corporalstocks!) können die Künste nicht gedeihen und müssen gepflanzt ausarten.“⁵⁾ Unter den Gebildeten seiner Zeit war Winckelmann mit dieser Einstellung zu Friedrichs Preußen keineswegs die Ausnahme; und auch Lessings anfänglich positiv gefärbtes Urteil über Friedrich II. wandelte sich rasch zu einer, wenn auch aus Zensurrücksichten leicht zu erklärenden indirekten Kritik, die vom Standpunkt der Humanität aus die „übermenschliche Unmenschlichkeit des Heldentums“⁶⁾, für die der preußische König das Beispiel gab, mit Nachdruck in Frage stellte. Dieser Humanitätsgedanke beherrscht auch Lessings Lustspiel „*Minna von Barnhelm*“, was allerdings nicht hinderte, daß die Erfinder und Apologeten der „Lessing-Legende“ gerade dieses Stück zu einem politischen Bekenntnis des Dichters für Friedrich II. umzuinterpretieren suchten⁷⁾.

⁴⁾ Otto Hintze (Anm. 3), S. 398 f.

⁵⁾ Zit. bei Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, Bd. 1, Leipzig 1879, S. 48.

⁶⁾ Konrad Schwarze, *Der Siebenjährige Krieg in der zeitgenössischen deutschen Literatur*, Berlin 1936, S. 142.

⁷⁾ Vgl. Helga Karrer, *Die Gestalt Friedrichs des Großen* (Anm. 1), S. 7—10. Zum Verhältnis Lessings zu Friedrich II. vgl. insgesamt: William R. Gaede, *Wie dachte Lessing über Friedrich II.?*, in: *Journal of English and German Philology*, XXXV (1936), S. 546—565.

Ganz ähnlich verhielt es sich mit Schiller, der, 1788 von Körner angeregt ein „episches Gedicht auf Friedrich“ zu verfertigen⁸⁾, diesen Gedanken in sich reifen ließ⁹⁾, um ihn dann drei Jahre später gänzlich fallen zu lassen, wovon er Körner mit den seither häufig zitierten Worten Mitteilung machte: „Friedrich II. ist kein Stoff für mich, und zwar aus einem Grunde, den Du vielleicht nicht für wichtig genug hältst. Ich kann diesen Charakter nicht lieb gewinnen, er begeistert mich nicht genug, die Riesenarbeit der Idealisierung an ihm vorzunehmen.“¹⁰⁾

Unter den bedeutenden Zeitgenossen machte Immanuel Kant eine gewisse Ausnahme, der Friedrich II. vor allem deshalb hohe Anerkennung zollte, weil dieser, wie er selbst, „den Hauptpunkt der Aufklärung, die des Ausganges der Menschen aus ihrer selbst verschuldeten Unmündigkeit, vorzüglich in Religionssachen gesetzt“ hatte¹¹⁾. Kant war sich des Umstands nur zu sehr bewußt, daß die einzige Freiheit, die Friedrich II. durch seine Person und seine philosophischen Neigungen in Preußen garantierte, diejenige war, auch die religiösen Glaubenssätze der kritischen Vernunft zu unterwerfen — eine Voraussetzung, die für den Königsberger Philosophen und preußischen Untertanen die Bedingung der Möglichkeit darstellte, sein erkenntnistheoretisches Werk zu vollenden. Daß sich Kants Anerkennung Friedrichs II. vor allem nur darauf gründete, macht der Schlußsatz seiner Abhandlung „Was ist Aufklärung?“ deutlich, in dem er seine Kritik an der friderizianischen Regierung verklausuliert äußert: „Wenn denn die Natur unter dieser harten Hülle (des friderizianischen Staats, J. W.) den Keim, für den sie am zärtlichsten sorgt, nämlich den Hang und den Beruf zum freien Denken, ausgewickelt hat, so wirkt dieser allmählich zurück auf die Sinnesart des Volkes, wodurch dieses der Freiheit zu handeln nach und nach fähiger wird —, und endlich auch sogar auf die Grundsätze der Regierung, die es ihr selbst zuträglich findet, den Menschen, der nun mehr als Maschine ist, seiner Würde gemäß zu behandeln.“¹²⁾

Der Ausbruch der Französischen Revolution und später die napoleonischen Armeen, die Preußen wie den Staaten des Alten Reichs ein rasches Ende bereiteten, beeinflussten das Urteil über Friedrich II. erheblich. Vor allem Ernst Moritz Arndt tat sich als ein scharfer Kritiker hervor, der Friedrich

II. im ersten Teil seiner im Spätjahr 1805 entstandenen Schrift „Vom Geist der Zeit“ bescheinigte: „Wir Deutschen, wenn wir uns als Volk ansehen, haben uns dieses Königs wenig zu erfreuen gehabt, ja keiner hat uns so sehr geschadet, nicht bloß scheinbar, sondern wirklich.“¹³⁾

Arndts Kritik gründete vor allem auf dem Vorwurf, daß die Politik Friedrichs den unheilvollen Dualismus zwischen Preußen und Österreich provoziert und damit die „letzte allgemeine Religion“ in Deutschland zerstört habe, die mit dem Namen „Kaiser und Reich“ verbunden gewesen sei, die beide eine stärkere Wirkung besessen hätten, „als kalte Gesetze und Verhandlungen dagegen vermochten“¹⁴⁾.

Dieser Vorwurf, der von den „Großdeutschen“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer wieder aufgegriffen werden sollte, gibt einen ersten Hinweis auf das damals erwachende deutsch-nationale Bewußtsein, das Friedrich II. als den großen Verderber des Reichs identifizierte. Dank dieser dezidierten Position, die Arndt noch in ärgste Schwierigkeiten mit der preußischen Obrigkeit bringen sollte¹⁵⁾, erkannte er völlig zutreffend auch, was später von einer ob der Reichsgründung von 1871 trunkenen „kleindeutschen“ Geschichtsschreibung der historischen Wahrheit zum Trotz behauptet wurde: „Auch hat der große König im Ernst nie daran gedacht, die deutsche Nation bildend und schützend um seine Adler zu versammeln und ein gemeinschaftliches Ziel der Politik und Bildung auszustecken. Es ist nichts lächerlicher als ihm patriotisch deutsche Ideen beilegen zu wollen ... Friedrich brauchte den deutschen Staatskörper und die Fürsten, wozu sie brauchbar waren, ein Gegengewicht gegen Österreich zu erzeugen oder wenigstens Österreichs altes Übergewicht zu schwächen ...“¹⁶⁾

Auch für die preußischen Reformer, die sich nach 1806 daran machten, den am Boden liegenden preußischen Staat wieder aufzurichten, hatte Friedrich II. keineswegs die Bedeutung eines Vorbilds, wie später immer wieder behauptet wurde; daß es Friedrichs Geist gewesen sei, der die Reformer bei ihrem Tun inspiriert habe, ist eine Einsicht, die allein der borussischen Legende zugehörig ist. Denn die Reformer hatten keinesfalls die Absicht, die preußische Großmacht um ihrer

⁸⁾ Friedrich von Schiller, Werke, Nationalausgabe, Weimar, 1954, Bd. 16, S. 494 (Brief vom 14. 10. 1788).

⁹⁾ Schiller (Anm. 8), (Brief v. 10. 3. 1789).

¹⁰⁾ Schiller (Anm. 8), S. 497 (Brief v. 28. 11. 1791).

¹¹⁾ Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung, Werke, hrsgg. von Wilhelm Weischedel, Wiebaden 1964, Bd. 6, S. 60.

¹²⁾ Immanuel Kant (Anm. 11), S. 61.

¹³⁾ Ernst Moritz Arndt, Geist der Zeit, in: Werke, hrsgg. v. W. Steffens, Berlin o. J., Bd. 6, S. 142—143.

¹⁴⁾ Ebenda, S. 144.

¹⁵⁾ Vgl. Ernst Moritz Arndt, Briefe, hrsgg. v. A. Dühr, Darmstadt 1973, Bd. 2, S. 164—167 (Schreiben Arndts an den preußischen Staatskanzler Hardenberg v. 6. 10. 1821).

¹⁶⁾ Ernst Moritz Arndt, Geist der Zeit (Anm. 13), S. 147 f.

selbst willen zu rekonstruieren, Preußen wieder zu einem Mitglied der Pentarchie des europäischen Mächtekonzernts zu machen, wie dies die politische Absicht gewesen war, von der sich Friedrich II. hatte leiten lassen. Für die Reformen war die Großmachtstellung Preußens vielmehr eingebunden in eine deutschlandpolitische Perspektive, die Friedrich völlig fremd gewesen war:

II. Das Friedrich-Bild im Vormärz

In eine wirklich historische Perspektive rückte die Gestalt Friedrichs II. erst nach 1815, als die liberalen und die konservativen Parteimeinungen sich mit seiner Erscheinung auseinanderzusetzen begannen¹⁸⁾. Die Kritik, die beispielsweise ein Liberaler wie Karl Rotteck im achten Band seiner „Allgemeinen Geschichte vom Anfang der historischen Kenntnis bis auf unsere Zeit“ — eines der wichtigsten und meistgelesenen Geschichtswerke des „Vormärz“ — an Friedrich II. übte, stützte sich auf die den damaligen Liberalen zentralen Postulate von Recht und Freiheit. In dieser Perspektive wird Friedrich als ein reiner Machtpolitiker geschildert, bei dem die Staatsraison vor der Respektierung von Verträgen rangierte; die von Friedrich II. initiierte Vernichtung Polens gilt für Rotteck als die Vollendung jener skrupellosen, auf Rechtsbruch gegründeten Politik. Andererseits aber zollte Rotteck der friderizianischen Monarchie Anerkennung dafür, daß sie Kirchenfreiheit gewährt und damit die Freiheit des Protestantismus gesichert habe, die für Rotteck in nuce das Prinzip der bürgerlichen Freiheit birgt. Deshalb kann Rotteck Preußens Aufstieg zu einer europäischen Großmacht ganz im Sinne Kants als durchaus vorteilhaft für den Fortschritt der Menschheit verstehen, insofern nämlich dadurch die Entwicklung der Freiheit — wenn auch nicht intentional, so doch materiell durch das Zusammenspiel der europäischen Mächtekonstellationen mit der preußischen Staatsraison — gefördert wurde.

Deutlicher als bei Rotteck schimmert in Friedrich Christoph Schlossers gleichfalls dem liberalen Geist verhafteten „Geschichte des 18. Jahrhunderts“ in der Beurteilung Friedrichs II. Kritik an dem damals herrschenden frömmlicherisch-pietistischen Neoabsolutismus durch, der dann im Rahmen der Heiligen Allianz die weitgehende poli-

Preußen mußte stark sein, um die Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands als einer *Kulturnation*, an der sich die Welt ein Beispiel nehmen könnte, zu gewährleisten¹⁷⁾. Im übrigen liefen auch so gut wie alle Reformen hinsichtlich der mit ihnen beabsichtigten materiellen Auswirkungen der politischen Praxis des friderizianischen Staatssozialismus diametral zuwider.

tische Unterwerfung Preußens unter Österreich und Rußland ideologisch absicherte. Im Gegensatz zu Rotteck figuriert Friedrich II. für Schlosser geradezu als ein Streiter für Recht und Freiheit, als der Bahnbrecher einer neuen, besseren Zeit. Die Staatsraison, der sich Friedrich verpflichtet fühlte, wird von Schlosser als eine sittliche Leistung gewürdigt, da für Friedrich nicht wie bei seinen Mitfürsten der despotische Eigennutz die Triebfeder des Handelns gewesen sei, sondern seine bedingungslose Unterordnung unter die Interessen des Staates, als dessen erster Diener er sich gefühlt habe. Mit Friedrichs Persönlichkeit und Taten verbindet Schlosser die Begriffe Fortschritt, Freiheit und eine neue, dem Eigennutz völlig entsagende und eben deshalb sittliche Auffassung der Monarchie — allesamt Kriterien, die für Schlosser Friedrichs Größe rechtfertigen.

In dem Maße, wie die Liberalen Friedrich II. für sich in Anspruch nahmen¹⁹⁾, wurde seine Erscheinung den preußischen Konservativen suspekt, wiewohl diese andererseits nicht den Glanz der friderizianischen Erfolge missen mochten, auf die sich das preußische Selbstbewußtsein wesentlich gründete. Um sich dem Dilemma, das sich darin verbarg, zu entwinden, entwickelten die Konservativen ein Friedrich-Bild, das dem der Liberalen völlig widersprach. Den Schwierigkeiten, denen sie dabei begegneten, suchten sie derart zu entrinnen, daß sie den *Philosophen* Friedrich, der den neuen Ideen seiner Zeit gehuldigt hatte, von dem *Regenten* Friedrich unterschieden, der in seiner politischen Praxis stets bestrebt gewesen sei, die alten Zustände zu erhalten und der sich damit als ein entschiedener Gegner der aufklärerischen und liberalen Zeittendenzen erwiesen habe.

Wie unzulänglich aber alle diese Versuche blieben, sich den historischen Friedrich nach den Maßgaben des „vormärzlichen“-konservativen Weltbildes zurechtzuschneiden, wurde jeweils daran offenkundig, daß es den preußischen Kon-

¹⁷⁾ Zu Wilhelm von Humboldt vgl. Peter R. Sweet, Wilhelm von Humboldt, A Biography, Columbia 1980, Bd. II, S. 140—143.

¹⁸⁾ Vgl. Karl Erich Born, (Anm. 1), S. 10 ff.

¹⁹⁾ Ausführlich dazu Karl Erich Born, ebda., S. 21—28.

servativen nicht gelang, die nun einmal nicht zu leugnende Irreligiosität des Königs interpretativ zu eskamotieren, die andererseits den Liberalen als eines der wichtigsten Momente der von ihnen Friedrich nachgesagten Fortschrittlichkeit galt. Für die Konservativen war diese Irreligiosität Friedrichs II. um so mißlicher, als diese nicht nur ihren eigenen Glaubensüberzeugungen zuwiderliefe, sondern vor allem auch eine grundsätzliche Infragestellung der monarchischen Legitimität des Gottesgnadentums darstellte, das der ideologische Kitt der Heiligen Allianz war. Die mit Friedrich II. verknüpfte Traditionspflege der Liberalen mußte deshalb, so seltsam einem dies auch heute erscheinen mag, den herrschenden Konservativen als geradezu staatsgefährdend erscheinen.

Eine erste große, dem Streit der Liberalen und Konservativen völlig entrückte wissenschaftliche Darstellung der Geschichte Friedrichs II. legte Leopold von Ranke mit seinem Werk „Zwölf Bücher Preußischer Geschichte“ vor. Grundlage seiner Darstellung ist die nach 1815 geschaffene europäische Mächtekonstellation, die sich für Ranke als eine ebenso dauerhafte wie glückliche Ordnung darstellte — ein, wie er es nannte, „halkyonischer“ Zustand, dem durch die Taten Friedrichs II. die Bahn gebrochen wurde. Den Aufstieg

Preußens zu einer Großmacht erachtet Ranke dabei als eine entscheidende Voraussetzung, weil dadurch die Vorherrschaft Frankreichs in Europa zunichte gemacht wurde. Dies dem beschaulichen, von ihm überaus geschätzten Status quo zuliebe, der nach 1815 in Europa herrschte, ist Ranke ängstlich bestrebt, die ganze Tragweite des preußisch-österreichischen Gegensatzes, der von Friedrich II. durch die Annexion Schlesiens aufgebracht worden war, herunterzuspielen, obwohl doch gerade die siegreiche Behauptung Friedrichs in diesem Konflikt die Voraussetzung für die preußische Großmachtstellung gewesen war. Entsprechend ist Ranke auch darum bemüht, den Friedrichs Persönlichkeit eigentümlichen leidenschaftlichen Machtwillen, seine das Gemeinwohl hintansetzende Ruhm- und Ehrsucht, kurz, das gerade bei seinen bedeutenden Taten durchschimmernde Hasardeurtum des Alles-auf-eine-Karte-Setzens durch den Hinweis auf überpersonale Sachzwänge und Verhältnisse zu relativieren, ihn folglich nicht so sehr als Täter, denn als Werkzeug oder als Sachwalter des Hegelschen „Weltgeistes“ zu schildern. In der Einleitung zum „Neunten Buch der Preußischen Geschichte“ heißt es geradezu: „Begleiten wir Friedrich auf der von unzähligen Klippen umgebenen Laufbahn, auf welche er sich nun getrieben sieht. Sie ist nicht seine Wahl, sie ist sein Geschick.“²⁰⁾

III. Der „kleindeutsche“ und der „großdeutsche“ Friedrich

Rankes ganz auf die Entwicklung des europäischen Mächtesystems projiziertes Friedrich-Bild, das dessen Gestalt seltsam entpersönlichte und aus Friedrich II. eine geradezu konservative Herrscherpersönlichkeit machte, war in all seinen Zügen viel zu sehr von den politischen Zeitumständen geprägt, um auf die weitere Friedrich-Rezeption dauernden Einfluß auszuüben. Entscheidend dafür wurde vielmehr, daß nach dem Scheitern der großdeutschen Einigungsbewegung von 1848 die Liberalen in ihrer Mehrzahl in das „kleindeutsche“ Lager einrückten und ungeachtet aller erlittenen Enttäuschungen ihre Hoffnungen auf Preußen fixierten, die von ihnen ersehnte Einheit Deutschlands unter Ausschluß Österreichs zu verwirklichen. In dieser Perspektive politischer Erwartung unterlag auch das bisherige Bild, das sich die Liberalen von Friedrich II. gemacht hatten, einer dramatischen Wandlung: Aus dem einstigen Philosophen auf dem preußischen Thron wurde

nun ein deutscher Held, dessen Lebenswerk im Dienst der politischen Einigung Deutschlands gestanden habe! Der *Roi philosophe* aus Sanssouci verschwand hinter dem deutschen Machtpolitiker aus Potsdam.

Dieser Wandel des Friedrich-Bildes war allerdings schon vor der März-Revolution angelegt gewesen. Vor allem die populäre und beim Publikum auch sehr erfolgreiche Lebensdarstellung Friedrichs II. von Franz Kugler²¹⁾ (später versehen mit den Illustrationen Adolph Menzels), in der die Taten des preußischen Königs als ursächlich für das Wiedererwachen eines deutschen Nationalgefühls geschildert wurden, leistete hierzu einen lange nachwirkenden Beitrag. Allein diese Anstöße zu einer Revision des Friedrich-Bildes im nationalen Sinne wären sicherlich wirkungslos geblieben, hätten nicht auch die Liberalen nach 1849 die einst von ihnen hochgehaltenen Ideale von Recht und Freiheit weitgehend aufge-

²⁰⁾ Leopold v. Ranke, Zwölf Bücher Preußischer Geschichte, Akademie-Ausgabe, hrsgg. v. G. Kuntzel, München 1930, Bd. 2, S. 536.

²¹⁾ Franz Kugler, Geschichte Friedrich des Großen, Berlin 1840 (1. Auflage).

geben und sich zu „Realpolitikern“ gemausert, die auf die preußische Macht alle ihre Hoffnungen setzten, damit diese eine Antwort auf die in der 48er Revolution mit allem Nachdruck aufgeworfene deutsche Frage gäbe.

Diese von den liberalen „Realpolitikern“ favorisierte „kleindeutsche“ Lösung bedingte im weiteren eine große Überblendung, der die Beurteilung der Lebensleistung Friedrichs II. in den Jahren vor der Reichsgründung fast völlig unterlag, und zwar dergestalt, daß die liberalen Historiker ihre ureigensten Wünsche und politischen Ziele nicht nur virtuell, sondern auch tatsächlich in der friderizianischen Politik angelegt wähten, ja, daß ihnen Friedrich II. geradezu als ein Vorkämpfer des kleindeutschen Reichs erschien und von ihnen als ein solcher verherrlicht wurde. Es ist müßig, im einzelnen und besonderen nachzuweisen, wie historisch unhaltbar diese deutsch-nationale Interpretation der friderizianischen Politik ist, die insbesondere von dezidiert kleindeutschen Historikern wie Adolf Schmidt und Ludwig Häusser vor der Reichsgründung von 1871 entwickelt wurde²²⁾ und die danach in Heinrich von Treitschke ihren großen Popularisator fand²³⁾. Bedeutsam daran ist lediglich, daß dieses deutsch-national übermalte Friedrich-Bild, dem nicht zuletzt von Otto Hintze entschieden widersprochen wurde²⁴⁾, als ein forschungsresistenter Bestandteil der populären Friedrich-Legende fort dauerte. Die Politisierung des Friedrich-Bilds im deutsch-nationalen Sinne, die sich die kleindeutsch-liberale Geschichtsschreibung nach 1849 angelegen sein ließ, provozierte notwendig eine Entgegnung des großdeutsch-katholischen Lagers: Stilisierte jene Friedrich zum deutschen Helden und Ahnherrn eines unter den Schwingen des preußischen Adlers geeinten kleindeutschen Reichs, so mußte

den „großdeutsch“ Gesinnten der nämliche preußische König als der große Verderber Deutschlands erscheinen. Als ein solcher figuriert Friedrich II. auch in dem bedeutendsten Geschichtswerk großdeutscher Provenienz, in Onno Klopps „Der König Friedrich von Preußen und die deutsche Nation“, das 1860 erschien²⁵⁾. Nach Klopps Ansicht war es Friedrich II., der den deutschen Dualismus initiierte, durch den die Einheit des Reiches endgültig zerstört wurde. Diese Entwicklung hatte nach Klopp ihren Ursprung in der völlig rechtlosen Eroberungspolitik Friedrich II., als deren notdürftige Rechtfertigung das preußische Staatsinteresse herhalten mußte, die aber tatsächlich nur dem ruhsüchtigen Egoismus und dämonischen Machtwillen dieses preußischen Königs entsprungen sei. Das „toujours en vedette“, die „stete Bereitschaft zum Eroberungskriege“ bildeten jenen Komplex, den Klopp mit dem Begriff des „Fridericianismus“ zu fassen suchte und der ihm zufolge zum „inhärierenden Prinzip“ der gesamten preußischen Politik avancierte — ein Prinzip, das laut Klopp für alles Unglück in der deutschen Geschichte seit 1740 verantwortlich zu machen war und das er folgendermaßen definierte: „Es ist nach außen das Streben der Eroberung, welches keine Grenze findet an einem moralischen Wollen, sondern lediglich an dem physischen Können. Es ist nach innen das Prinzip des militärischen Absolutismus, als der steten Bereitschaft zum Eroberungskriege. Es ist endlich nach beiden Seiten hin dasjenige der Täuschung über den eigentlichen Zweck und der Verhüllung desselben durch das Vorgeben anderer Bestrebungen, die geeignet sind oder scheinen, die Popularität wenigstens derjenigen Menschen zu erwerben, welche die Dinge leichthin an der Oberfläche zu betrachten pflegen.“²⁶⁾

IV. Das Friedrich-Bild im wilhelminischen Obrigkeitsstaat

Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den kleindeutsch-preußisch und den großdeutsch-katholisch gesinnten Historikern um Friedrich II., die in erster Linie von den unterschiedlichen deutschlandpolitischen Zielprojektionen beider

Lager beeinflusst wurden, kamen nach dem deutsch-deutschen Krieg von 1866, dessen für Preußen siegreicher Ausgang von Klopp als ein posthumer Erfolg Friedrich II., als der endgültige Triumph des „Fridericianismus“ und damit als das Ende der deutschen Geschichte schlechthin interpretiert wurde, zu einem raschen Ende: Mit Bismarcks Reichsgründung von 1871 schienen endgültig jene Wechsel eingelöst worden zu sein,

²²⁾ Adolf Schmidt, Preußens deutsche Politik 1785, 1806, 1849, Berlin 1867³, und Ludwig Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes, Leipzig 1854, Bd. 1; zu Schmidt und Häusser vgl. Karl Erich Born (Anm. 1), S. 78—88.

²³⁾ Vgl. Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 1 (Anm. 5).

²⁴⁾ Otto Hintze, Die Hohenzollern (Anm. 3), S. 395.

²⁵⁾ Die zweite, erweiterte Auflage von 1867 trägt den Titel: Der König Friedrich II. von Preußen und seine Politik.

²⁶⁾ Onno Klopp, Der König Friedrich II., Schaffhausen 1860 S. 541.

die Friedrich II. einst auf die Zukunft Preußens und Deutschlands ausgestellt hatte, war das Gebäude errichtet, zu dem dieser preußische König die Fundamente gelegt hatte.

Diese den Zeitgenossen Bismarcks ganz selbstverständliche nationale Gewißheit beeinflusste auch das Friedrich-Bild der Wilhelminischen Ära, das in Reinhold Kosers großer Biographie seinen repräsentativen Ausdruck fand²⁷⁾. Die deutschnationale Tendenz, die das Friedrich-Bild der kleindeutschen Historiker beeinflusste, ist bei Koser weitgehend in den Hintergrund getreten, ohne indes völlig zu verschwinden. So unterschlägt Koser zwar keineswegs das Motiv persönlichen Ehrgeizes, das für Friedrich II. bei der Anzettelung des Ersten Schlesischen Krieges eine ganz entscheidende Rolle spielte, aber gleichzeitig ist er dennoch bestrebt, diesen Ehrgeiz zu idealisieren und damit zu rechtfertigen, indem er schreibt: „Es war ein Ehrgeiz, beglaubigt durch die Weihe der Kraft und geadelt vor allem dadurch, daß er sich erwärmte an der heiligen Flamme der Vaterlandsliebe. Denn unzertrennlich von dem persönlichen Ehrgeiz war in Friedrichs Brust die edle Leidenschaft, seinem Volk vor Europa Achtung zu verschaffen . . ., sein Preußen einzuführen in die Reihe der großen Mächte.“²⁸⁾ Dieser Veredelungsversuch des königlichen Ehrgeizes, dessen Triebfeder jenes berühmte „Rendezvous mit dem Ruhm“ war, zu dem Friedrich II. seine Offiziere zu Beginn des Feldzuges einlud, ist nicht nur als Poesie schlecht, sondern auch nachweislich falsch, insofern damit diesem preußischen König ein deutsches Nationalgefühl imputiert wird, das ihm und seiner Zeit noch völlig fremd war, in dem sich aber andererseits eine nationale Stimmung ausspricht, in der die Wilhelminische Gesellschaft schwelgte und in die Kosers gesamte Darstellung getaucht ist.

In dem Maße aber, wie die von den älteren kleindeutsch-liberalen Historikern entwickelte Deutung von der deutschen Sendung Preußens, in deren Dienst angeblich die Politik Friedrichs II. gestanden habe, als unhaltbar erwiesen wurde, unterlag die Gestalt des Königs einer ethischen und moralischen Verklärung, suchte man in der Formel von dem „kategorischen Imperativ seiner Königspflicht“ (Koser) nicht nur die immer deutlicher zu Tage geförderten Widersprüche in seiner Persönlichkeit, sondern auch die Gegensätzlichkeit seines Denkens und Handelns zusammenzu-

zwingen und zu rechtfertigen. Daß er sein ganzes Leben der „Pflicht“ zum Opfer gebracht, sich wahrhaft als der „erste Diener seines Staates“ verzehrt habe, wurde nun im zeitlichen wie kausalen Zusammenhang mit Bismarcks Sozialgesetzgebung zum tragenden Motiv der These vom „sozialen Königtum“ der Hohenzollern, wie sie vor allem von Otto Hintze entwickelt wurde: „Indem er sich selbst wiederholt als den ersten Diener oder Beamten des Staates bezeichnete, gab er als der erste Fürst der Weltgeschichte dem modernen Gedanken Ausdruck, daß der Monarch ein Organ der über ihm stehenden Staatspersönlichkeit sei. Aus dieser Auffassung des Fürstenamtes quoll ihm jenes echt preußische Pflichtgefühl, das dem kategorischen Imperativ des großen Königsberger Denkers innerlich verwandt ist. So ist Friedrich der Hauptvertreter des aufgeklärten Absolutismus geworden, den man als die Vorstufe unseres modernen Rechts- und Verfassungsstaates bezeichnen kann. Es handelt sich aber bei ihm nicht um die Verwirklichung doktrinärer Ideale der Aufklärung, sondern um rein praktische Ziele, vor allem um die Macht und Größe seines Staates und die Wohlfahrt seiner Untertanen, die er nicht bloß im materiellen Sinne faßte.“²⁹⁾

Mit der von ihm entwickelten These, daß Friedrichs II. gesamtes politisches Handeln gewissermaßen von der sittlichen Idee des Staates überwölbt gewesen sei — eine Anschauung, die als der Kern des „echt preußischen Pflichtgefühls“ ausgegeben wurde —, schuf der spezifisch borussische Historismus ein Friedrich-Bild, das dem Gedanken eines als vorbildlich schlechthin gesetzten Preußentums die Weihen vermeintlicher historischer Rechtfertigung lieferte. Diese borussische Ideologie auszugestalten, den der auf einen hegelianisch durchherrschten Historismus heruntergekommene deutsche Idealismus sich angelegen sein ließ, hat mittelbar erheblich zur deutschen Misere im 20. Jahrhundert beigetragen, insofern er sich jeweils damit begnügte, die widersprüchliche Wirklichkeit des Wilhelminischen Obrigkeitsstaates als historisch notwendig zu verklären und damit kritiklos zu rechtfertigen.

Nietzsche hat die Gefahren dieser Verklärungsarbeit früh durchschaut als er gegen Hegel den Vorwurf erhob, er habe „in die von ihm durchsäuernten Generationen jene Bewunderung vor der ‚Macht der Geschichte‘ gepflanzt, die praktisch alle Augenblicke in nackte Bewunderung des Erfolgs umschlägt und zum Götzendienst des Tatsächlichen führt: für welchen Dienst man sich jetzt die sehr mythologische und außerdem recht

²⁷⁾ Reinhold Koser, Friedrich der Große als Kronprinz, Stuttgart 1886; ders., König Friedrich der Große, Stuttgart 1893 und 1903, 2 Bde.

²⁸⁾ Reinhold Koser, Friedrich der Große, Volksausgabe, Stuttgart 1913, S. 77.

²⁹⁾ Otto Hintze, Die Hohenzollern (Anm. 3), S. 400.

gut deutsche Wendung ‚den Tatsachen Rechnung tragen‘ allgemein eingeübt hat“³⁰⁾.

Allein, jene aus durchaus wissenschaftlicher Kärnerarbeit hervorgegangene borussische Ideologie, mit der das vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs von den Historikern entwickelte Friedrich-Bild grundiert wurde, war in ihrer Wirkung auf die breite Öffentlichkeit zunächst sehr begrenzt. Wirklich bedeutsam wurde diese Ideologie erst dadurch, daß sie das geistige Unterfutter für jene „konservative Revolution“ lieferte, die sich an der Kritik des platten Materialismus und der Dekadenz der Wilhelminischen Epoche entzündete und die den Ausbruch des Krieges als „Reinigung“ und „Nationale Wiedergeburt“ feierte: Das von der borussischen Geschichtsschreibung idealisierte friderizianische Preußen diente den Protagonisten dieser „konservativen Revolution“ als Vorbild für die eigenen autoritären Ziele und reaktionären Wertsetzungen wie Bindung statt Freiheit, Gliederung statt Gleichheit, Volk und Aristokratie statt Masse und Demokratie sowie Kultur statt Zivilisation, die sie den sogenannten „Ideen von 1789“, dem zutiefst verabscheuten Rationalismus und Liberalismus des westlichen „freimaureisch-republikanischen Rhetor-Bourgeois“ (Thomas Mann) entgegenstellten.

Als der mit großem Abstand einflußreichste Wortführer dieser „konservativen Revolution“ von 1914 kann Thomas Mann gelten. Sein in den Kriegsjahren gezeichnetes Bild Friedrichs II. als eines zugleich tragisch-heroischen und böse-dämonischen Menschen, das aber keineswegs negativ gemeint war³¹⁾, sollte für die künftige populäre Friedrich-Literatur exemplarische Bedeutung bekommen. Diese langanhaltende Wirkung des von Thomas Mann entwickelten Friedrich-Bildes ist vor allem damit zu erklären, daß er als erster die borussische Preußen-Legende (die im wesentlichen eine Friedrich-Legende war) mit der heroischen Lebensphilosophie Nietzsches und der daraus abgeleiteten Zivilisationskritik amalgamierte.

³⁰⁾ Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen II. Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*, Werke, Kritische Gesamtausgabe, hrsgg. v. G. Colli u. M. Montinari, Berlin—New York 1972, 3. Abtl., Bd. 1, S. 305.

³¹⁾ Vgl. dazu Thomas Manns Erläuterungen in seiner 1916 geschriebenen Buchbesprechung: *Carlyle's „Friedrich“*, in: *Ges. Werke*, Frankfurt 1974², Bd. 10, S. 568.

Mit seinem im September 1914 publizierten Aufsatz „Gedanken im Krieg“ lieferte Thomas Mann eine erste, seinerzeit vielbeachtete Probe auf jene ihm vorschwebende Synthese von Geist und Macht: „Und Deutschland ist heute Friedrich der Große. Es ist sein Kampf, den wir zu Ende führen, den wir noch einmal zu führen haben . . . Es ist auch seine Seele, die in uns aufgewacht ist: diese nicht zu besiegende Mischung von Aktivität und durchhaltender Geduld, dieser moralische Radikalismus, der ihn den anderen so widerwärtig zugleich und entsetzlich, wie ein fremdes und böses Tier, erscheinen ließ.“³²⁾ Dementsprechend geht es für Thomas Mann in diesem Kampf vor allem darum, gegen „englische Humanitätsgleisnerei und französische Damennaivität“ die deutsche Seele — deren Wesen sozusagen mit dem „Geist von Potsdam“ gleichgesetzt wird — zu verteidigen: „Es ist wahr: der deutschen Seele eignet etwas Tiefstes und Irrationales, was sie dem Gefühl und Urteil anderer, flacherer Völker störend, beunruhigend, fremd, ja widerwärtig und wild erscheinen läßt. Es ist ihr ‚Militarismus‘, ihr sittlicher Konservatismus, ihre soldatische Moralität, — ein Element des Dämonischen und Heroischen, das sich sträubt, den zivilen Geist als letztes und menschenwürdigstes Ideal anzuerkennen.“³³⁾

Diese platte Identifikation des wilhelminischen Deutschen Reichs mit dem der borussischen Legende abgeschauten und nietzscheanisch dämonisierten „Fridericianismus“, mit der die Wirklichkeit des Deutschen Reiches mindestens so sehr mißverstanden wurde wie sie der Philosophie Nietzsches Gewalt antat — die aber gerade deswegen in der deutschen Kriegspropaganda, wenn gleich vergrößert, vielfach nachgeahmt wurde —, baute Thomas Mann im zweiten Teil seines 1915 publizierten Essays „Friedrich und die Große Koalition“ noch weiter aus: Der Siebenjährige Krieg, den Friedrich II. führte, wird hier insgesamt in eine Analogie zum Krieg des deutschen Kaiserreichs gesetzt — ein äußerst fragwürdiges Verfahren, das Thomas Mann aber vor dem Hintergrund der populären Friedrich-Legende gerade jene apologetischen Möglichkeiten eröffnete, auf die es ihm bei seiner Auseinandersetzung mit den „Zivilisationsliteraten“ in erster Linie ankam.

³²⁾ Thomas Mann, *Gedanken im Kriege*, in: *Ges. Werke*, Bd. 13, S. 533 f.

³³⁾ Thomas Mann, *ebda.*, S. 545.

V. Die „Karriere“ Friedrichs als nationale Reklamefigur

Vor allem dieser ebenfalls auf große Resonanz stoßende Essay Thomas Manns war es, der das Friedrich-Bild in den zwanziger und dreißiger Jahren nachdrücklich beeinflusste. Von fataler Wirksamkeit erwiesen sich hier aber weniger die auf einem übersteigerten Nationalismus basierenden Parallelen — die Thomas Mann beispielsweise zwischen dem Überfall Friedrichs auf das neutrale Sachsen zu Beginn des Siebenjährigen Krieges und der Invasion des neutralen Belgiens durch deutsche Truppen im Jahre 1914 zog und damit diesen Völkerrechtsbruch als notwendig rechtfertigte —, als vielmehr, daß er den Krieg Friedrichs als eine „Probe auf das Schicksal“ darstellte und damit implizierte, daß weder eine internationale Rechtsordnung noch eine irgendwie irdische Gerechtigkeit das Recht Preußens oder des Deutschen Reiches erweise, sondern einzig und allein der Ausgang des Krieges: „Nur wenn sich durch den Erfolg herausstellte, daß er der Beauftragte des Schicksals war, nur dann war er im Recht und immer im Rechte gewesen. Jede Tat, die diesen Namen verdient, ist ja eine Probe auf das Schicksal, ein Versuch, Recht zu schaffen, Entwicklung zu verwirklichen und die Fatalität zu lenken“.³⁴⁾

Mit dieser Vulgarisierung eines auf Hegel zurückgehenden Gedankens, daß einzig der Erfolg darüber entscheide, was Recht sei, öffnete Thomas Mann die Pandorabüchse einer nationalistischen Agitation, die sich künftig stets auf das Beispiel Friedrichs II. berufen sollte, um ihr Credo zu verkünden, daß allein der Erfolg im Mit- und Gegenüber der Völker entscheide und daß dieser sich auch unzweifelhaft einstellen werde, erstrebte man ihn nur mit jener Rücksichtslosigkeit gegen sich und andere, wie dies der preußische König getan habe.

Die gleichsam dämonische Absicherung dieser ebenso fragwürdigen wie verderblichen Argumentation lieferte Thomas Mann mit einem anderen, ebenfalls der Geschichtsphilosophie Hegels entlehnten Gedanken, den er aber mit seinem Nietzsche-Erlebnis, das sich für ihn im Begriff des Opfers erfüllte, verblendete. Indem er Friedrich II. ein überpersonales Daimonion attestierte, das sein Handeln wie sein Leben bestimmt habe und das er als „eine durchaus deutsche Denkbarkeit“, geradezu als „Drang des Schicksals“, als „Geist der Geschichte“ qualifizierte, ließ er seinen Essay „Friedrich und die Große Koalition“ mit den folgenden Sätzen ausklingen: „Er war ein Op-

fer. Er meinte zwar, daß er sich geopfert habe: seine Jugend dem Vater, seine Mannesjahre dem Staate. Aber er war im Irrtum, wenn er glaubte, daß es ihm freigestanden hätte, es anders zu halten. Er war ein Opfer. Er mußte Unrecht tun und ein Leben gegen den Gedanken führen, er durfte nicht Philosoph, sondern mußte König sein, damit eines großen Volkes Erdensendung sich erfülle“.³⁵⁾ Ebenso wie Friedrich unterlag nach Thomas Mann auch Deutschland, die ganze deutsche Geschichte dem Fatum des *Tertium non datur*, konnte es nicht anders als siegen — oder untergehen und damit aus der weiteren Geschichte verschwinden.

Dieser eine Gedanke, keine wirkliche Wahlfreiheit zu haben, durchherrscht auch trotz aller „oppositionellen“ Zweifelsbekundungen „an Deutschlands Berufenheit zur Großen Politik und imperialer Existenz“³⁶⁾, Thomas Manns großen Essay „Bekenntnisse eines Unpolitischen“, der 1918 erschien und in dem es heißt: „Der Heroismus Deutschlands, unbestimmbar seiner Natur nach als Angriff oder Verteidigung, schien freilich ganz und gar kein Heroismus der Schwäche, sondern strotzender Kraft; und doch war es derselbe Heroismus noch immer, der die ganze Werdensgeschichte dieses unwahrscheinlichen und dennoch so überaus wirklichen Reiches durchzog — dieses Reiches, in dem Politik zu machen aus äußeren wie aus inneren Gründen beinahe unmöglich ist und das dennoch durch seine Kraft, Tüchtigkeit, Modernität zu großen Unternehmen, großer Politik verpflichtet —, dieses Volk, das, wie Hamlet, zur Tat nicht eigentlich geboren, aber unausweichbar berufen war. Berufen sein, sei es zu einem Wissen oder einer Tat, zu der man nicht geboren ist, das schien mir immer der Sinn des Tragischen...“³⁷⁾ Wo auf Tragik erkannt wird, ist Geschichte als prüfende Instanz verantwortlichen Handelns abgeschafft, waltet nur noch die willkürliche Notwendigkeit des blinden Zufalls oder jene „Vorsehung“, auf die sich Hitler dann stets und gern berufen sollte.

Insgesamt läßt sich die Argumentation dieser drei während des Ersten Weltkrieges entstandenen politisch-historischen Essays, die alle mehr oder minder eindeutig die Gestalt Friedrichs II. umkreisen, „dessen Taten und Leiden all dies in die Wege geleitet...“, wie Thomas Mann in den „Bekenntnissen eines Unpolitischen“ selber offen-

³⁵⁾ Thomas Mann, ebda., S. 135.

³⁶⁾ Thomas Mann, Bekenntnisse eines Unpolitischen, in: Ges. Werke, Bd. 12, S. 33.

³⁷⁾ Thomas Mann, ebda., S. 148.

³⁴⁾ Thomas Mann, Friedrich und die Große Koalition, in: Ges. Werke, Bd. 10, S. 122—123.

barte³⁸⁾, als anti-historisch und irrational qualifizieren; eben das aber machte ihren Reiz, ihre Attraktion, ihre verführerische Kraft aus, die sie insbesondere auf das in seinem Selbstwertgefühl durch den verlorenen Krieg, die Inflation und die anhaltenden innenpolitischen Spannungen und wachsenden Unübersichtlichkeiten der Weimarer Republik erschütterte Bürgertum ausübten. Allerdings verwahrte sich Thomas Mann dagegen, dieses ideologische Falschgeld, dessen Prägestempel er geschnitten hatte, auch selbst auszumünzen; derlei lag einem Repräsentanten fern, das besorgten andere, die mit ihren Friedrich-Dramen, Romanen und Filmen während der zwanziger Jahre große Konjunktur hatten: Herrmann von Boettichers Drama „Friedrich der Große“, Walter von Molos Roman „Fridericus“ oder auch dessen Drama „Ordnung im Chaos“, Ernst Geyers Schauspiel „Fritzische Rebellion“ und nicht zuletzt auch Reinhold Schneiders wohl fragwürdigstes Buch „Die Hohenzollern“ sind hier als die wichtigsten Beispiele für jene Friedrich-Literatur zu nennen, die ganz in der Nachfolge der von Thomas Mann entwickelten tragisch-heroischen Friedrich-Interpretation stehen³⁹⁾, auch wenn sie an diese weder in literarisch-stilistischer noch intellektueller Hinsicht heranreichen.

Andererseits war aber gerade diese Vulgarisierung der von Thomas Mann entfaltenen Sichtweise entscheidend für die Popularität dieser Friedrich-Literatur, die zusammen mit den Fridericus-Filmen des Hugenberg-Konzerns der Herausbildung eines neuen, extrem politischen Friedrich-Mythos' Vorschub leistete. Dieser Friedrich-Mythos der Weimarer Republik war im Gegensatz zu seinem wilhelminischen Vorgänger jedoch nicht mehr affirmativ, sondern stellte die derzeitige Wirklichkeit um einer künftigen, von diesem Mythos erst noch zu schaffenden Wirklichkeit willen nachdrücklich in Frage. Kern dieses Mythos' war die tragisch-heroische Glorifizierung einer übermenschlichen Führergestalt, die in der zeitgemäßen Kostümierung des „einfachen Weltkriegs-Gefreiten“ schon in der Kulisse für ihren Auftritt bereitstand. In seinen „Spandauer Tagebüchern“ notierte Albert Speer unter dem 25. Dezember 1946: „Wir alle waren fasziniert von überragenden historischen Persönlichkeiten, und wenn einer auch nichts davon war, es vielmehr nur mit

³⁸⁾ Thomas Mann, ebda.

³⁹⁾ Vgl. die ausführliche Erörterung dieser Werke bei Helga Karrer, Die Gestalt Friedrichs des Großen (Anm. 1), S. 103—116 und 175—193.

einigem Geschick prätendierte, lagen wir schon auf dem Bauch. So im Falle Hitler. Ich glaube, ein Teil seines Erfolges beruhte auf der Dreistigkeit, mit der er vorgab, ein großer Mann zu sein.“⁴⁰⁾

Diese von „überragenden historischen Persönlichkeiten“ ausgehende Faszination, für die nicht zuletzt auch der Historismus das Material geliefert hatte⁴¹⁾, wurde von den Nazis mit großem propagandistischem Geschick für ihre verbrecherischen Zwecke ausgenutzt. Der völlig zu Recht berühmte „Tag von Potsdam“, jene von Goebbels inszenierte Ikone nationalsozialistischer Traditionsergreifung, als sich am 21. März 1933 Reichskanzler Hitler und Reichspräsident Hindenburg — der „Gefreite“ und der „Feldmarschall“ — an der Bahre Friedrichs II. die Hand reichten — ein Akt, der den neuen Bund zwischen Nationalsozialisten und Preußentum in den Augen vieler symbolisch besiegelte und der Hitler mit der Aureole Friedrichs II. umgab —, setzte den Maßstab: Wie auf anderen Feldern, so schuf auch hier der Nationalsozialismus nichts prinzipiell Neues; vielmehr bediente er sich nur mit größtem Geschick jener preußischen Legende, die längst unabhängig von seiner Einflußnahme entstanden war.

Deshalb läßt sich dieser Vorgang auch kaum als Mißbrauch irgendwelcher „wahrer“ preußischer Traditionen durch den Nationalsozialismus qualifizieren, wie dies häufig gesagt wird, da dieser Mißbrauch längst von jenen begangen worden war, die diese preußische Legende, den Mythos Friedrichs II., für ihre jeweiligen politischen Zwecke entwickelt hatten. Ganz entsprechend verhält es sich auch mit dem Bild, das Hitler und seine Paladine von Friedrich II. hatten und das jeglicher Originalität entbehrt: In seinen wesentlichen Zügen stimmt es durchaus mit jenem Bild des preußischen Königs überein, das in den zwanziger Jahren in Vergrößerung der von Thomas Mann gelieferten Entwürfe zur nationalen Reklamefigur geworden war und das in der Erscheinung des Ufa-Schauspielers Otto Gebühr in geradezu parodistischer Vollkommenheit personifiziert wurde⁴²⁾.

⁴⁰⁾ Albert Speer, Spandauer Tagebücher, Berlin 1975, S. 52.

⁴¹⁾ Vgl. u. a. Gerhard Ritter, Friedrich der Große. Ein historisches Profil, Berlin 1936.

⁴²⁾ vgl. Konrad Barthel, Friedrich der Große in Hitlers Geschichtsbild, Frankfurter Historische Vorträge, Heft 5, 1977.

VI. Wachsende Entfernung — Friedrich II. von Preußen nach 1945

Das Pendel der Friedrich-Vergötzung und der Preußen-Verherrlichung, das unter dem Einfluß der von den Nationalsozialisten fortgeführten älteren nationalen Propaganda besonders weit nach einer Seite hin ausgeschlagen war, schwang — wie leicht erklärlich — nach 1945 mit großer Heftigkeit in die andere Richtung: Nicht wenige erkannten nun in Friedrich II. den Dämon der deutschen Geschichte, hielten ihn gar für die Inkarnation der deutschen Misere, für einen der Hauptschuldigen an dem Weltgericht, das über dem in Schutt und unendlichem Leid versunkenen Deutschland hereingebrochen war. Und nicht wenige auch erachteten beispielsweise den Überfall Friedrichs auf Schlesien, den man in der Nachfolge Thomas Manns nicht müde geworden war als kühnen Frevel zu feiern, nunmehr als den großen Sündenfall der deutschen Geschichte, mit dem der Knoten zu allem weiteren Unheil geschürzt worden war: Diese Tat habe das Beispiel gegeben für den Einfall Wilhelms II. in das neutrale Belgien und für den Überfall Hitlers auf Polen. Alles, an was man geglaubt, dem man Verehrung und Bewunderung gezollt hatte, war nun nur noch ein besudelter Götze. Das vermeintliche Vorbild Friedrich II., so schien es vielen, hatte einen schrecklichen Irrweg gewiesen, an dessen Ende man nun gelangt war.

In seinem unmittelbar nach Kriegsende entstandenen bedeutenden Essay hat Otto Heinrich v. d. Gablentz dies konstatiert: „Der borussische Machiavellismus ist seit Friedrich die Geheimreligion des preußischen Staates, selten bewußt und darum besonders verderblich. Darum sind alle Ansätze zur Volkserziehung, zu Selbstverwaltung im Inneren, zur Eingliederung in eine deutsche oder europäische Staatengemeinschaft, so schöne Blüten sie gezeitigt haben, letztlich unfruchtbar geblieben.“⁴³⁾

Alle Ansätze aber zu einer kritischen und vom Lichte der gemachten Erfahrungen beschienenen Betrachtung Friedrichs und Preußens verliefen jedoch rasch im Sande. In dem Maße, wie in der jungen Bundesrepublik die restaurativen Tendenzen in Gesellschaft und Staat an Boden gewannen, erfreuten sich auch die überkommenen Urteile über Friedrich II. und Preußen neuerlicher Wertschätzung und Anerkennung. Bereits 1961 konnte der bundesrepublikanische „Oberborusse“ Walther Hubatsch gelegentlich eines auf der Burg Hohenzollern gehaltenen Festvortrags vermelden: „Preußens Leistung in der deutschen Geschichte ist vom Standpunkt der strengen

Fachhistorie her gesehen heute eigentlich kein echtes Problem mehr. Wenn auch diese Leistung nicht unumstritten ist und einen vielseitigen Charakter hat, so sind deren wirkliche Werte doch völlig in die Gegenwart eingegangen und von ihr aufgenommen worden, sofern es überhaupt eine historische Kontinuität gibt.“⁴⁴⁾

In der DDR-Geschichtsschreibung hingegen läßt sich im Falle Friedrich II. eine — verglichen mit der Bewertung anderer bedeutender historischer Persönlichkeiten wie Luther oder Bismarck — auffallend starke Kontinuität eines negativen Urteils feststellen⁴⁵⁾, ein Eindruck, dem gewisse Nuancierungen — vor allem seine Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet werden zunehmend positiver gewürdigt — keinerlei Abbruch tun können.

Die Biographie Friedrichs II., die von Ingrid Mittenzwei 1980 vorgelegt wurde, weicht von dieser Generallinie lediglich insofern ab, als sie jene von der DDR-Historiographie lange Zeit vertretene These einer direkten Verbindung von Friedrich über Bismarck zu Hitler derart differenziert, daß bei ihr nur noch von einer gebrochenen Kontinuität die Rede ist. Aufschlußreich für das derzeit in der DDR gültige, aller falschen Idealisierungen konsequent entkleidete Bild Friedrich II. ist die abschließende Beurteilung, die dieser preußische König in Mittenzweis Biographie erfährt: „Das faschistische Deutsche Reich mußte untergehen und in seinem Sog die Reste jenes alten Preußen mitziehen, ehe — zumindest in einem Teil des ehemaligen Deutschland — Friedrich II. auf die normale Größe eines Herrschers aus dem 18. Jh. zurückgeführt werden konnte; normal nicht in dem Sinne, daß er das Niveau deutscher Fürstentumlichkeit nicht überschritten hätte — das tat er —, sondern in seiner Gebundenheit an die Zeit und die Klasse, deren Repräsentant er war.“⁴⁶⁾

Verglichen mit der DDR ist das Interesse an der Gestalt Friedrichs sowohl in der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung der letzten Jahre als auch in der breiteren Öffentlichkeit eher rückläufig. Daran änderte auch die umfassende Preußen-Renaissance wenig, die 1980/81 abrupt einsetzte und in deren Verlauf auch wieder zahlreiche

⁴⁴⁾ Walther Hubatsch, Hohenzollern in der Geschichte, Köln 1961, S. 31.

⁴⁵⁾ Vgl. Peter Meyers, Friedrich II. von Preußen im Geschichtsbild der SBZ/DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsunterrichts in der SBZ/DDR, Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts, Braunschweig 1983, Bd. 35, S. 124—175.

⁴⁶⁾ Ingrid Mittenzwei, Friedrich II. von Preußen, Köln 1980, S. 211.

⁴³⁾ Otto Heinrich v. d. Gablentz, Die Tragik des Preußenbentums, München 1948, S. 46.

Versatzstücke jener Preußen-Legende emporgeschwemmt wurden, die man längst auf dem Schutthaufen der kompromittierten Geschichtsmymen deponiert glaubte. Wie fern und fremd im übrigen Friedrichs II. selbst jenen geworden war, bei denen noch am ehesten eine innere Beziehung zu seinem historischen Lebenswerk zu vermuten ist, zeigte der Umstand, daß Mitte der siebziger Jahre „Der Schlesier“, das Verbandsorgan der Schlesischen Landsmannschaft, sich nicht entblödete, in einer nur flüchtig bearbeiteten Fassung, aber gleichwohl unter anderem Verfassernamen, die aus der Feder des preußischen Offiziers Archenholtz, eines Zeit- und Kampfgenossen Friedrich II., stammende „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“ unter dem Titel „Fridericus erobert Schlesien“ in Fortsetzungen wieder abzdrukken.

Nein, Friedrich II. eignet sich heute nicht mehr als politische Identifikationsfigur für breitere Schichten oder gar als eine Schablone für nationalistische Rattenfänger. Und hinsichtlich der fachwissenschaftlichen Beschäftigung mit seiner Per-

son ist, so hat es zumindest den Anschein, mit Theodor Schieders großer und differenzierter Biographie, mit der noch einmal an einem ihm würdigen und auch von ihm bereits vielfach erprobten Gegenstand alle Möglichkeiten wie alle methodischen Schwächen des Historismus eindrucksvoll demonstriert wurden, das für unsere Zeit wohl letzte Wort über Friedrich II. gesprochen worden⁴⁷⁾.

So mag man denn auch diesen preußischen König — hüben wie drüben — wieder auf jene Denkmale setzen, von deren Sockeln man ihn einst entfernte und ihm jene historische Größe zuerkennen, auf die er unstreitig Anspruch hat. Dies zu tun heißt aber auch, ihn endlich und endgültig aus jener falschen Zeitgenossenschaft, aus der widrigen politischen Vorbildrolle zu entlassen, in deren fatale Pflicht ihn die Legende so lange genommen hat.

⁴⁷⁾ Theodor Schieder, Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche, Berlin 1983.

Karl-Ernst Jeismann: „Identität“ statt „Emanzipation“? Zum Geschichtsbewußtsein in der Bundesrepublik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20–21/86, S. 3—16

Die Deutung der Geschichte ist in der Bundesrepublik wieder ein Thema politischen Streites geworden. Vordergründig lassen sich die Fronten zwischen der unterschiedlichen Inanspruchnahme von Geschichte mit den Schlagworten „Emanzipation“ und „Identität“ bezeichnen. Dahinter steht die zugespitzte Frage, ob man sich mit der Geschichte zu befassen habe, um sich von ihr zu lösen oder um sich in ihr zu verstehen und aufgehoben zu fühlen.

Der Gegensatz entstand, als der frühe politische Grundkonsens der Bundesrepublik in den späten sechziger Jahren in Frage gestellt wurde. Jener Grundkonsens hatte noch die stille Übereinkunft eingeschlossen, sich durch kontroversen Rückgriff auf Geschichte nicht behelligen zu lassen. Nunmehr aber wurde im Rückgriff auf ältere Traditionen der deutschen Geschichte das politische und soziale System in Frage gestellt, seine historische Herkunft kritisiert und Geschichte als die Lehre vom Irrweg in den Dienst des „realutopischen“ Zukunftsentwurfes einer neuen Gesellschaft gestellt. Das provozierte Widerstand. Der Gefahr einer ihrer historischen Identität durch pure Traditionskritik und verführerische Zukunftsvision beraubten Gesellschaft wurde die Forderung nach Besinnung auf die bildenden und bindenden Kräfte der Geschichte entgegengestellt.

Diese beiden Grundmuster des Verhaltens zur Geschichte im Kontext der politischen Selbstvergewisserung lassen sich an einer Reihe unterschiedlicher Stellungnahmen zur deutschen Geschichte im politischen und publizistischen Raum wiederfinden. Es zeigt sich jedoch bei fundamentalen historisch-politischen Fragen, daß die Alternative von „Emanzipation“ und „Identität“ zu kurz greift. Es sind vielmehr unterschiedliche Identifikationstraditionen, die sich auf diese Weise gegenüberstellen. In Wahrheit steht hinter der vereinfachten Alternative ein spannungsreiches historisches Beziehungsgefüge, das durch die Vielfalt der deutschen Geschichte begründet ist und erklärbar wird.

„Deutsche Geschichte“ als identifizierbares Kommunikationsnetz ist ein Spannungsgefüge unterschiedlicher, oft gegensätzlicher Identitätsstränge. Gefährlich für den politischen Umgang mit Geschichte und für die Existenz der Nation als historisch-politischer Größe ist nicht diese Spannung, sondern der ebenfalls aus der deutschen Geschichte bekannte Versuch, eine bestimmte Identitätsanforderung zu verabsolutieren und andere auszuschließen. Nicht „Geschichtsbilder“ sind gefragt, sondern ein die Balance unterschiedlicher Identitäten aushaltendes, Gegensätze verarbeitendes Geschichtsbewußtsein als Element politischen Denkens. Nur ein differenziertes Geschichtsbewußtsein kann eine politische Kultur schaffen, die Identitäten bewahrt, Identitäten anderer Art begreift und Identitätsansprüche daraufhin zu prüfen fähig ist, ob man sie sich zu eigen machen kann oder sich von ihnen emanzipieren muß.

Johannes Kuppe: Kontinuität und Wandel in der Geschichtsschreibung der DDR. Das Beispiel Preußen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20–21/86, S. 17—26

In der Geschichtsschreibung der DDR zeigen sich verstärkt seit Mitte der siebziger Jahre Wandlungstendenzen, die von DDR-Historikern als zeitliche, thematische und regionale Ausweitung des Forschungsfeldes beschrieben worden sind. Auf der Grundlage eines unverändert marxistischen Geschichtsverständnisses wird nun die „ganze deutsche Geschichte, von ihren Anfängen bis in die Gegenwart“ — also nicht mehr nur die unmittelbare Vorgeschichte und Geschichte der DDR sowie ausgewählte historische Ereignisse, Epochen und Prozesse (z. B. Bauernkriege, antinapoleonische Befreiungskriege, bürgerliche Revolutionen, Arbeiterbewegung) — zur vertiefenden Bearbeitung freigegeben.

Dieser Umbruch in der Historiographie der DDR zeigt sich in zahlreichen Enttabuisierungen und vor allem in geschichtswissenschaftlichen Umwertungen historischer Personen und Vorgänge, ohne daß damit allerdings schon die Aufgabe alter ideologischer Selektionsmechanismen und eine wirkliche Öffnung zur Geschichte in allen ihren Bestandteilen verbunden wäre.

Ziel dieser von der SED initiierten, mithin sanktionierten historiographischen Gesichtsfelderweiterung ist die Schaffung eines neuen Geschichtsbewußtseins, das die DDR als eigenständiges und dauerhaftes Produkt einer folgerichtigen historischen Entwicklung erkennt, damit also der Politik der SED die bisher ausgebliebene breite Zustimmung der Beherrschten verschaffen soll. Letztlich soll damit also ein DDR-spezifisches Nationalgefühl herangebildet und so das Legitimitätsdefizit der Herrschenden abgebaut werden. Von einem insbesondere seit Anfang der achtziger Jahre revidierten Preußenbild scheint sich die SED wirksame Identifikationseffekte zu versprechen: Ein marxistisch revitalisiertes Preußen, dessen nun als progressiv deklarierte Hälfte jetzt anerkannt und in den Bestand pflegewürdiger sozialistischer Traditionen aufgenommen wird, soll dazu beitragen, die von den Menschen in der DDR nie angenommene These von der sich entwickelnden sozialistischen deutschen Nation zu untermauern und der Behauptung von der Verwurzelung der DDR im sogenannten fortschrittlichen deutschen Erbe Akzeptanz zu verschaffen. Ob das neue Preußenbild freilich diese erwünschte bewußtseinsbildende Attraktivität entfalten wird, scheint gegenwärtig mehr als fraglich.

Johannes Willms: Posthume Zeitgenossenschaft — Anmerkungen zur Rezeption Friedrichs II. von Preußen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20–21/86, S. 27–38

„Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“. Dieses häufig zitierte Schiller-Wort kennzeichnet auch die Rezeptionsgeschichte Friedrichs II. von Preußen. Die historische Einschätzung dieser seine Vorgänger wie Nachfolger auf dem preußischen Thron unstreitig weit überragende Herrschergestalt gibt ein getreuliches Spiegelbild der Geschichte der Deutschen in der Neuzeit. Seine über die eigene Lebenszeit weit hinausreichende Bedeutung ist allerdings weniger in der historischen Dauer seines Wollens und Tuns begründet gewesen — das Preußen Friedrichs II. brach bereits 1806 unter den Schlägen der napoleonischen Armeen endgültig zusammen —, als vielmehr darin, daß er zunächst zum Protagonisten einer Partei, eines Lagers und damit notwendig zum Hauptgegner der anderen Partei wurde.

Dieser Prozeß seiner posthumen ‚Parteikarriere‘ setzte nach 1815 ein, als sich zunächst die Liberalen seiner bemächtigten und ihn zu einem Repräsentanten fortschrittlich aufgeklärten und toleranten Fürstentums stilisierten; aus dem historischen Friedrich wurde ein Vor- und Gegenbild zu dem damals real existierenden kleinstaatlichen Despotismus. Damit lieferten die vormärzlichen Liberalen ironischerweise die Voraussetzungen dafür, daß Friedrich nach dem Scheitern der großdeutsch-liberalen Hoffnungen in der Revolution von 1848 zu jenem „deutschen Helden“ avancierte, den die preußisch-kleindeutsch Gesinnten nunmehr als einen Kronzeugen für ihr eigenes politisches Wollen in Anspruch nahmen. Diese Identifikation mündete dann nach 1871 in eine deutsch-national gefärbte Verklärung der Gestalt und der Taten Friedrichs, die auszumalen die Vertreter des wilhelminischen Historismus sich angelegen sein ließen — eine Entwicklung, die mit einer fortschreitenden Entpolitisierung des Friedrich-Mythos' Hand in Hand ging.

Dies änderte sich jedoch schlagartig, als 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs der wilhelminische Obrigkeitsstaat in seine Existenzkrise gestürzt und Friedrich wieder als ein politisches Vorbild reaktiviert wurde. Diese Tendenz verstärkte sich nach 1918 noch erheblich, so daß Friedrich bei Beginn des Dritten Reichs endgültig zu einer nationalistischen Reklamefigur verkommen war. Insofern war es wenig verwunderlich, daß nach 1945 eine radikale Abkehr von diesem Friedrich-Bild einsetzte: Friedrich II. von Preußen wurde nun als Dämon der deutschen Geschichte verketzert. Auch wenn diese radikale Ablehnung rasch verflog, so hat dennoch das Friedrich-Bild unserer Gegenwart, trotz der unterdessen stattgehabten Preußenrenaissance, keineswegs mehr jene Bedeutung, die ihm in früheren Epochen eignete.